

NACH DEM ERZIEHUNGSFELDZUG NUN DAS ERZIEHUNGSGESPRÄCH

(Fünf Verhandlungsrunden, fünf Sitzungen und fünf Themen)

Oskar Weggel

Die nachfolgende Darstellung läßt den Film der chinesisch-vietnamesischen Verhandlungen seit 1977 noch einmal abrollen und sucht anhand eines immer wiederkehrenden zweitaktigen Schemas (Verhandlungsverlauf - Verhandlungsthema) jene Monotonie, Frustration und Kompromißlosigkeit deutlich zu machen, die das Verhältnis zwischen beiden Staaten nach dem 27-Tage-Krieg noch zusätzlich vergiftet haben. Obwohl bei diesen "Gesprächen" - mit Ausnahme des Gefangenen austausches - nichts herausgekommen ist, bringt eine Wiedergabe der wichtigsten Punkte des Verhandlungsverlaufs atmosphärische und historische Einzelheiten ans Tageslicht, die ein bezeichnendes Licht auf das Beziehungsbild zwischen den beiden asiatischen Nachbarn werfen:

- Da wird zunächst etwas vom Aroma jenes spezifischen Gesprächsstils spürbar, der seit den Tagen von Panmunjom als "antagonistisches Verhandeln" in die Geschichte eingegangen ist. Außerdem wird an zahlreichen Stellen deutlich, wie spontan sich Geschichte aus grauer Vorzeit immer wieder in die laufende Politdiskussion einblendet: Geschichte ist hier keineswegs Vergangenheit, zumindest nicht für die Vietnamesen.
- Man erfährt nebenbei auch, daß es um das chinesisch-vietnamesische Verhältnis schon seit den Genfer Verhandlungen von 1954 nicht mehr zum besten bestellt war. Daß beide Partner sich trotzdem für die Außenwelt "wie Lippen und Zähne" präsentierten, macht nicht nur ihr bewundernswertes Geschick für Geheimhaltung, sondern auch für politisches Mimikry deutlich. Der außenstehende Beobachter muß erneut erfahren, wie wichtig es ist, das schöne Äußere nicht automatisch für eine Widerspiegelung innerer Beziehungen zu halten.
- Durch Gegenüberstellung der jeweiligen chinesischen und vietnamesischen Positionen zu den einzelnen Fragen entsteht ferner ein filigranhafte Bild, das die Punkte der Übereinstimmung und die Einzelheiten des Dissenses klar erkennen läßt. Beide Seiten durchröntgen die Argumente ihres Gegners mitleidlos und üben dadurch gleichzeitig eine systemimmanente Kritik an den Positionen des Gegners, die für den außenstehenden Beobachter ungemein lehrreich ist.
- Der Zuschauer erfährt nebenbei auch, daß der "Erziehungsfeldzug" vom Februar/März 1979 am Ende doch ein chinesischer Erfolg war. Zumindest die leidenschaftlichen Ausbrüche des vietnamesischen Vertreters Phan Hien machen deutlich, daß China seinen Gegner, wenn nicht militärisch, so doch politisch ins Mark getroffen hat. Es ist ein im Innersten verletztes Vietnam, das durch Phan Hien bei den fünf April- und Mai-Sitzungen repräsentiert wurde.
- Nicht zuletzt zeigt der Verhandlungsverlauf erneut eine spezifisch pädagogische Grundhaltung Peking gegenüber jenem Vietnam, das sich zwei Jahrtausende lang vor seinem nördlichen Nachbarn verbeugt hatte, das nun aber so ganz überraschend Ungehorsam zeigt. Während die vietnamesische Seite bei den Gesprächen zunächst einmal die aktuellsten Fragen anzupacken wünschte, zog Peking sich auf die grundsätzlichen bilateralen Differenzen zurück und legte - den vietnamesischen Drei-Punkte-Vorschlag verächtlich ignorierend - fast bei jeder Verhandlung eine Grundsatzerklärung zu einer der fünf großen Problemkomplexe (Landgrenzen, Golfgrenzen, Inselfrage, Eisenbahnfrage, Auslandschinesenfrage) vor.

Gliederung

- A. Der Verhandlungsverlauf
 - I. Die fünf großen Verhandlungsrunden seit 1977
 - II. Die fünf Sitzungen der fünften Verhandlungsrunde
 - 1. Das Vorgeplänkel der fünften Runde (chinesische Verhandlungsangebote und das vietnamesische Memorandum vom 15. März)
 - 2. Die erste Sitzung (18. April 1979)
 - a) Der vietnamesische Drei-Punkte-Vorschlag
 - b) Schrille Begleitmusik zu den Verhandlungen
 - 3. Die zweite Sitzung (26. April 1979)
 - a) Vorspiel
 - b) Der chinesische Acht-Punkte-Vorschlag
 - 4. Die dritte Sitzung (4. Mai 1979)
 - a) Vorspiel
 - b) Die Verhandlungen
 - 5. Die vierte Sitzung (12. Mai 1979)
 - 6. Die fünfte Sitzung (18. Mai 1979)
 - a) Vorspiel
 - b) Die Verhandlungen
 - c) Erster Gefangenenaustausch
 - d) Neue Polemik
 - e) Zweiter Gefangenenaustausch
 - B. Die fünf großen bilateralen Verhandlungsthemen
 - I. Die chinesisch-vietnamesische Landgrenze
 - II. Die chinesisch-vietnamesische Grenze im Golf von Tonkin
 - III. Der chinesisch-vietnamesische Streit um die Inseln im Südchinesischen Meer
 - IV. Der Eisenbahnstreit
 - V. Die Hoa-Frage

Anhang

A. DER VERHANDLUNGSVERLAUF

I. Die fünf großen Verhandlungsrunden seit 1977

Das Jahr 1975, das nicht nur in Kampuchea und Laos, sondern auch in Vietnam zur "Stunde Null" für einen neuen politischen Start wurde, nachdem die "Befreiung Südvietnams" beendet worden war, ist inzwischen, wie im Rückblick deutlich wird, auch zu einer Trennungsmarke im chinesisch-vietnamesischen Verhältnis geworden. Vorher hatte zwischen Hanoi und Peking eine gewisse Harmonie geherrscht - ein Einvernehmen, das sich die Chinesen seit Beginn des Zweiten Indochinakriegs immerhin rund 10 Mrd. US\$ an Hilfslieferungen kosten ließen.

Nach 1975 begannen sich die Beziehungen dann schnell zu verschlechtern. Es vergingen freilich zwei Jahre, ehe China aus seiner Passivität erwachte. Die Führung in Peking mußte erst lange "schlucken", ehe sie die ersten Schocks "verdaut" hatte, die sie angesichts des forschen Vorgehens Hanois in Indochina erlitt. Schon 1976 war Laos voll unter vietnamesischer Kontrolle. Anfang 1977 begann die Massenflucht der Hoa aus Vietnam, und zugleich näherte sich Hanoi ungestüm der Sowjetunion, dem Hauptfeind der Chinesen.

Als China schließlich Reaktionen zu zeigen begann, glaubten die Vietnamesen zunächst einmal, beruhigend auf die Pekinger Führung einwirken zu müssen. Innerhalb weniger Monate tauchte fast die gesamte vietnamesische Führung in Peking auf, um dort für Verständnis zu werben. Am 2. Juni 1977 stattete General Giap, am 7. Juni 1977 Premierminister Pham Van Dong und vom 20.-25. November ZK-Generalsekretär Le Duan der Volksrepublik einen Besuch ab. Vor allem beim Besuch Le Duans kam es zu scharfen Kontroversen (1).

Faßt man all diese Spitzenbesuche zu einer Einheit zusammen - und dafür gibt es in der Tat triftige Gründe -, so könnte man von einer "ersten Verhandlungsrunde" sprechen, die ohne bilateral befriedigende Ergebnisse abgeschlossen wurde.

Die zweite Verhandlungsrunde begann im Oktober 1977 und endete im März 1978. Sie wurde nicht von den Regierungen beider Länder, sondern von den Lokalbehörden der einander benachbarten chinesisch-vietnamesischen Provinzen geführt. So erläuterten beispielsweise die Revolutionskomitees der Autonomen Region Guangxi und der Provinz Yunnan mit Vertretern der vietnamesischen Generalkonsulate in Nanning und Kunming vor allem Hoa-Angelegenheiten. U.a. kam es zum Abschluß von Grenzkontrollabkommen (2).

Die dritte Verhandlungsrunde schließlich begann im Oktober 1977 auf der Ebene stellvertretender Außenminister und dauerte bis Juli 1978. Hierbei ging es vor allem um bilaterale Fragen, wie sie Vizeministerpräsident Li Xiannian am 10. Juni 1977 dem vietnamesischen Ministerpräsidenten Pham Van Dong gegenüber zur Sprache gebracht hatte. Nach Lage der Dinge traten dabei die beiderseitigen Grenzfragen in den Mittelpunkt der Erörterungen (3).

Die chinesische Seite brachte dabei einen Neun-Punkte-Vorschlag ins Gespräch (Näheres s. B/I.), während die vietnamesische Seite einen Vertragsentwurf für die Regelung der Grenzfragen präsentierte (abgedruckt im Anhang). Nach der 18. Sitzung wurden die Gespräche am 17. Juli 1978 erfolglos abgebrochen.

Die vierte Verhandlungsrunde begann jedoch schon zweieinhalb Wochen später und zog sich über acht Sitzungen hin. Hierbei ging es vor allem um die Diskussion der Hoa-Frage (Näheres s. B/V.). Diesmal waren es die Chinesen, die am 26. September die Verhandlungen abbrachen.

Im Verhältnis zwischen beiden Ländern kam es nun zu der bereits bis zum Überdruß erörterten Zuspitzung: Vietnam ließ weitere Truppen an der kampucheanischen Grenze aufmarschieren, es überantwortete Cam Ranh und Da Nang den Sowjets, es ließ sich von der Sowjetunion mit Waffen und rund 4.000 Militärberatern ausstatten, es schloß im November 1978 den Kooperationsvertrag mit Moskau, und es überrannte schließlich Ende Dezember mit seinen Panzerverbänden das "Demokratische Kampuchea". Gleichzeitig gingen die Vertreibung der Auslandschinesen und die Zwischenfälle an der sino-vietnamesischen Grenze weiter. Folge war der chinesische "Erziehungsfeldzug" im Februar und März 1979.

Sollte es nicht bei dieser "ersten Lektion" bleiben, so waren neue Verhandlungen überfällig.

Am 18. April begann daraufhin die fünfte Verhandlungsrunde, die sich über fünf Vollsitzungen hinzog, dreißig Tage dauerte und am 18. Mai in Hanoi abgeschlossen wurde. Anders als bei den vier vorangegangenen Gesprächsrunden gab sich diesmal die

chinesische Delegation unter Führung des stellvertretenden Außenministers Han Nienlong nach Hanoi, "während es in früheren Zeiten immer die Vietnamesen gewesen waren, die eine Tributdelegation zum chinesischen Kaiserhof nach Peking gesandt hatten" (4). Es ist Röll beizustimmen, daß die Chinesen mit dieser ungewohnten Geste "der Welt ihren Friedenswillen demonstrieren wollten".

II. Die fünf Sitzungen der fünften Verhandlungsrunde

1. Das Vorgeplänkel der fünften Runde (chinesische Verhandlungsangebote und das vietnamesische Memorandum vom 15. März)

Das Angebot zu Verhandlungen war von chinesischer Seite bereits in jener Regierungserklärung vom 17. Februar präsentiert worden, in der zugleich der "Gegenangriff zur Selbstverteidigung" gerechtfertigt wurde.

Vietnam weigerte sich angesichts des chinesischen Angriffs, auf dieses Angebot einzugehen.

Am 1. März übergab das chinesische Außenministerium der vietnamesischen Botschaft in China erneut eine Note, in der das frühere Angebot wiederholt wurde (5).

Die vietnamesische Seite gab abermals einen abschlägigen Bescheid. Der Vorschlag sei keine Manifestation des Wunsches nach Frieden, sondern ein "Trick zur weiteren Eskalation des Krieges" (6). Wie könne China Verhandlungen anbieten, während es noch 25 Divisionen auf vietnamesischem Boden stehen habe?

Mit Note vom 2. März 1979 modifizierte das vietnamesische Außenministerium seine ursprüngliche Pauschalablehnung jedoch dahin, daß Vietnam zu Verhandlungen bereit sei, sobald der letzte chinesische Soldat sich hinter die "historische Grenzlinie" zurückgezogen habe. Was die Grenzfrage anbelange, so habe Vietnam bereits 1957 und 1958 klar seinen guten Willen gezeigt, die historisch überkommene Linie zu respektieren (7).

Nachdem China am 5. März seinen Truppen den Befehl zum Rückzug erteilt hatte, schob die vietnamesische Regierung am 6. März eine Verlautbarung nach, in der sie erklärte: "Falls China tatsächlich alle Truppen vom vietnamesischen Territorium zurückzieht..., ist die vietnamesische Seite bereit, sofort in Verhandlungen mit den Chinesen auf der Vizeaußenminister-Ebene einzutreten." Voraussetzung aber sei, wie gesagt, der "völlige Rückzug der chinesischen Truppen über die historische Grenzlinie" hinaus (8).

Nachdem Hua Guofeng am 15. März bekanntgab, daß auch der letzte chinesische Soldat Vietnam verlassen habe, gab die vietnamesische Regierung am selben Tag eine weitere Klarstellung zur Note vom 6. März heraus, in der drei Punkte hervorgehoben wurden:

- Gespräche nach dem vollständigen Rückzug der chinesischen Truppen über die historische Grenzlinie hinaus

- Verhandlungen nicht in Peking, sondern in Hanoi oder in grenznahen Orten
- baldige Diskussion über die Bereinigung des gegenseitigen Verhältnisses im Grenzbereich auf der Basis der friedlichen Koexistenz (9).

Am selben Tag auch brachte das vietnamesische Außenministerium ein "Memorandum" heraus, in dem eine Tour d'horizon zum chinesisch-vietnamesischen Grenzkonflikt aus vietnamesischer Sicht gegeben wurde (10). Das Dokument ist systematisch aufbereitet und gliedert sich in fünf Teile.

Teil 1: Die vietnamesisch-chinesische Grenze aufgrund der historischen Grenzziehungen sowie der Grenzvereinbarungen zwischen beiden Ländern in den Jahren 1957/58: In einem langen historischen Prozeß seien die Grenzen zwischen beiden Ländern auf genaueste festgelegt worden: In Verträgen von 1887 und 1895 einigten sich die französische Kolonialregierung und die chinesische Qing-Dynastie über den Grenzverlauf. Die genaue Abgrenzung wurde Stück für Stück von Vertretern beider Seiten vorgenommen, und zwar zwischen Januar 1886 und März 1887. Am 26. Juni 1887 unterzeichneten beide Regierungen sodann die endgültige Grenzlinien-Konvention in Peking. Art. 1 der Konvention betraf die Grenzen zwischen China und Vietnam im Bereich der Provinzen Guangdong, Guangxi und Yunnan. Art. 2 der Konvention bezog sich auf die Grenzlinie im Golf von Tonkin (vietnamesisch: Bac-Bo-Golf, chinesisch: Beibu-Golf) und auf die Landgrenze zwischen Vietnam und dem restlichen Teil von Yunnan bis zum Da-Fluß. Am 20. Juli 1895 wurde die Konvention von 1887 ergänzt. Vor allem kam es zu weiteren Klarstellungen über den vietnamesisch-chinesischen Grenzverlauf im Bereich der Provinz Yunnan. Zwischen Januar 1890 und Juli 1897 wurden sodann 310 Grenzsteine aufgestellt, die im wesentlichen auch heute noch zu identifizieren sind.

Schon vor 1949 hätten einige reaktionäre Regimes in China - angespielt ist hier offensichtlich vor allem auf die Guomindang-Regierung - mehr als sechzig Territorialstreifen auf vietnamesischem Gebiet besetzt.

Trotzdem könne man davon ausgehen, daß die Abgrenzungen von 1887 und 1895 keinen Zweifel mehr am Verlauf der vietnamesisch-chinesischen Grenze gelassen hätten. Nur an einigen Stellen hätten die Franzosen, um beim Handel mit China Vorteile zu erlangen, verschiedene Plätze zum Nachteil des vietnamesischen Volkes der Qing-Dynastie überlassen.

Im November 1957 habe das ZK der Vietnamesischen Arbeiterpartei der chinesischen Seite vorgeschlagen, daß die Grenzfrage beim historisch überkommenen Status quo belassen werden solle. Eventuelle Zweifel seien durch Verhandlungen zwischen beiden Regierungen zu klären. Im April 1958 erklärte sich das ZK der VR China mit diesem vietnamesischen Vorschlag einverstanden.

Teil 2: Chinesische Übergriffe auf vietnamesisches Territorium: Die chinesische Seite habe sich bereits kurz nach 1949 nicht weniger als neunzig Übergriffe auf vietnamesisches Territorium zuschulden kommen lassen. Übergriffe hätten sich vor allem seit 1954 gehäuft. Dabei sei China raffiniert vorgegangen, nämlich im Wege der "Landkultivierung", ferner im Wege der Errichtung von "Freundschaftsprojekten", "einseitiger Bautätigkeit nach Vietnam hinein", ferner

durch "Entleihung" vietnamesischen Territoriums und durch Versetzung der historischen Grenzsteine; ferner durch Straßenbau im Grenzbereich, durch kartographische Manipulationen, durch Besetzung von Inseln, vor allem dem Hoang Sa (chinesisch: Xisha, englisch: Paracel-Archipel). Dabei habe die chinesische Seite die Besetzung einiger Paracel-Inseln durch die "Marionettenregierung" Van Thieus in Südvietnam zum Vorwand genommen, um sich der Inseln zu bemächtigen. Schon am 26. Dezember 1973 habe Hanoi dies verhindern wollen und Verhandlungen vorgeschlagen. Die chinesische Antwort jedoch habe in der militärischen Aktion vom 19. Januar 1974 gegen die Saigon-Truppen auf den Inseln bestanden.

Auch bei den Landgrenzen sei es zu bewaffneten Übergriffen chinesischerseits gekommen, und zwar 1974: 179mal, 1975: 294mal, 1976: 812mal, 1977: 873mal und 1978: 2.175mal.

Teil 3: Die zwei Verhandlungsrunden zwischen den Regierungen von Vietnam und China über die Festlegung der beiderseitigen Grenzlinien: In den bereits erwähnten Übereinkünften beider Parteien von 1957 und 1958 hatte man sich im allgemeinen auf den Status quo geeinigt und gleichzeitig besondere Fragen gemeinsamen Verhandlungen vorbehalten. In den nächsten Jahren kam es dann zunächst auf lokaler Ebene, d.h. zwischen den Behörden der beiderseits benachbarten Provinzen, zu einer Fülle von Vereinbarungen, wie sie in CHINA aktuell bereits an anderer Stelle aufgezählt sind (11). Eigentliche Territorialfragen jedoch konnten nicht auf lokaler Ebene verhandelt, sondern mußten von den beiden Zentralregierungen entschieden werden.

Zu diesem Zweck fanden zwei Verhandlungsrunden auf der Ebene von stellvertretenden Außenministern statt, und zwar 1974 und 1977/78.

a) Die erste Verhandlungsrunde: Am 26. Dezember 1973 schlug die vietnamesische Regierung der Volksrepublik China vor, Verhandlungen über eine offizielle Ziehung der Grenzlinie zwischen Vietnam und China im Golf von Tonkin zu führen. Die chinesische Regierung nahm diesen Vorschlag am 18. Januar 1974 an, also zu einem Zeitpunkt, da die Truppen der Van-Thieu-Regierung gerade die Paracel-Inseln besetzt hatten, und China im Begriff war, eine Gegenaktion zu starten. Das chinesische Landungsmanöver, in dessen Verlauf die Saigon-Truppen gefangengesetzt wurden, startete bereits am 19. Januar 1974.

China erklärte sich am 18. Januar zwar grundsätzlich zu Verhandlungen bereit, stellte allerdings zwei Bedingungen: Einmal müßten noch Prospektierungsarbeiten in einem Planquadrat durchgeführt werden, das bisher nicht in die Grenzmarkierungen einbezogen worden sei: Gemeint war das Quadrat, das durch den 107.-108. Vertikal-Meridian (Greenwich) und den 18.-20. Horizontalgrad bestimmt werde (vgl. Karte). Zum anderen dürfe es keinem dritten Land erlaubt sein, diese Prospektierungsarbeit im Golf von Tonkin vorzunehmen.

Die Verhandlungen begannen am 15. August 1974 in Peking. Hierbei wies Vietnam auf den 2. Abschnitt der Konvention vom 26. Juni 1887 hin, in dem der 108. Greenwich-Meridian als Grenzlinie zwischen Vietnam und China im Golf von Tonkin festgelegt wurde. Tatsächlich heißt es dort wörtlich: "Die Inseln östlich des Pariser Meridians 105 Grad Ost (Greenwich 108 Grad Ost), d.h. also die Nordsüdlinie, die durch den östlichen Punkt der Insel Cha Gou (Tra-co)

verläuft und die die Grenze zwischen China und Vietnam bildet, sollen zu China gehören. Die Gotho- und andere Inseln westlich dieses Meridians gehören zu Annam" (12).

Wie nun das vietnamesische Außenministerium behauptet, sei Vietnam bei den Verhandlungen im August 1974 bereit gewesen, über Einzelheiten dieser historischen Grenzlinie zu diskutieren. Die chinesische Seite habe es jedoch kategorisch abgelehnt, den 2. Abschnitt der Konvention von 1887 zu akzeptieren, also den 108. Meridian als Grenzlinie anzuerkennen. Sie habe vielmehr geltend gemacht, daß im Golf von Tonkin niemals eine Abgrenzung vereinbart worden sei, und daß es Aufgabe beider Länder sei, diese Frage jetzt zu diskutieren und entsprechende Festlegungen vorzunehmen. Die Chinesen hätten sich jedoch nur in allgemeinen Ausführungen ergangen und nie konkrete Festlegungsvorschläge gemacht. Wegen der Unvereinbarkeit beider Standpunkte hätten die Verhandlungen dann im November 1974 abgebrochen werden müssen.

Die vietnamesische Argumentation scheint den Tatsachen zu entsprechen. Noch am 10. Juni 1977 beispielsweise wies der chinesische Vizeministerpräsident Li Xiannian darauf hin, daß "die Haltung der vietnamesischen Genossen bei der Aufteilung des Meeresgebietes im Beibu-Golf (= Golf von Tonkin) nicht als freundlich betrachtet werden kann. Dieses Seegebiet wurde niemals geteilt. Nun behaupten Sie, es sei aufgeteilt worden. Sie beharren darauf, eine Grenze nahe unserer Insel Hainan festzulegen, wodurch zwei Drittel des Beibu-Golfgebiets von Ihnen besetzt würden. Da dies weder gerecht noch vernünftig ist, ist es für uns unannehmbar. Wir haben wiederholt erklärt, daß beide Seiten auf einer gerechten und vernünftigen Grundlage die Aufteilung des Golfgebiets angehen müßten" (13). (Zur chinesischen Stellungnahme vgl. B/III.)

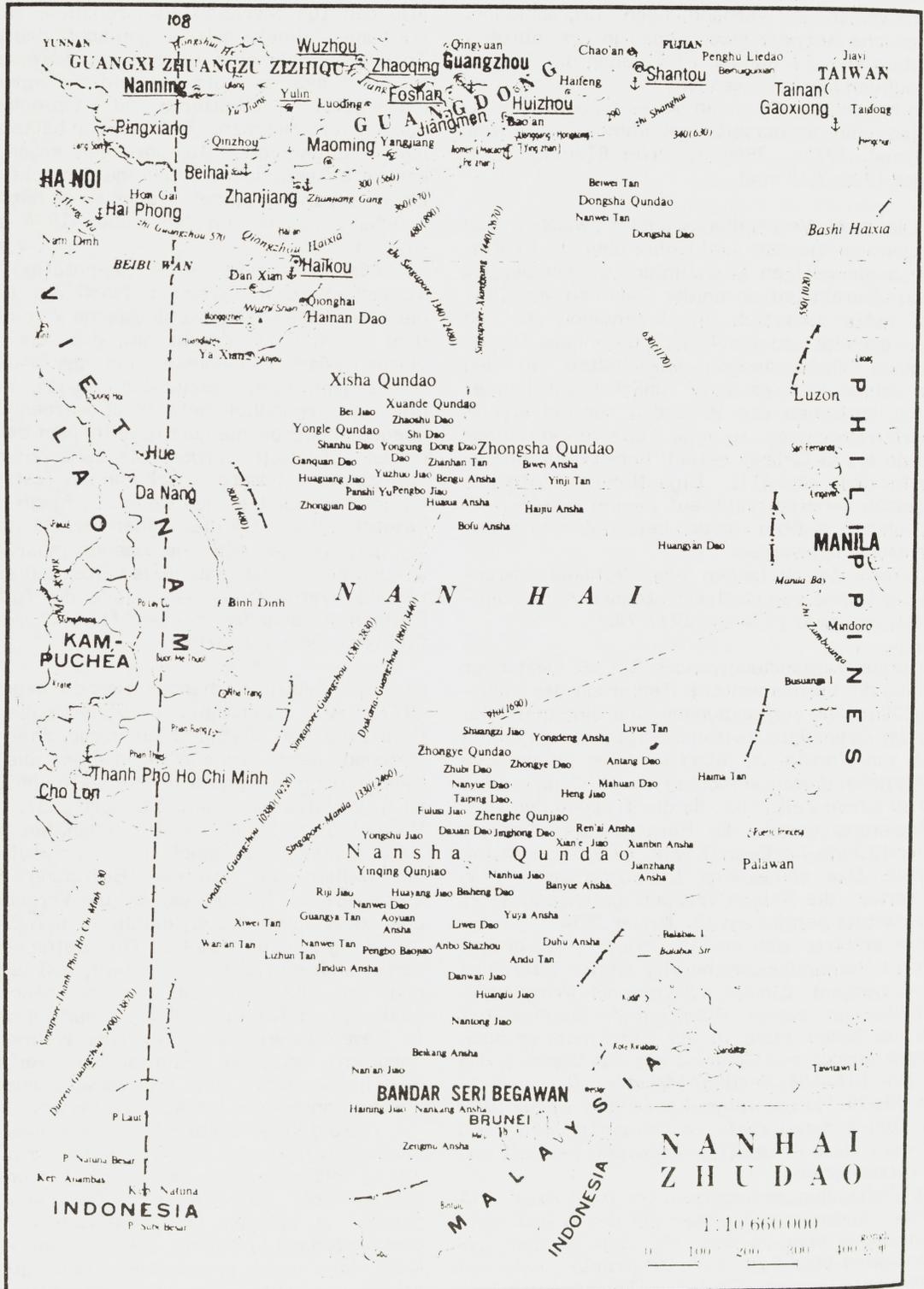
b) Die zweite Verhandlungsrunde begann im Jahr 1977. Am 18. Oktober 1975 hatte die chinesische Regierung den Vietnamesen vorgeschlagen, noch im gleichen Jahr Verhandlungen über die Frage der Landgrenzen zu beginnen. Die vietnamesische Regierung erklärte sich am 12. April 1975 mit diesem Vorschlag prinzipiell einverstanden, bat aber um eine Verschiebung, da Hanoi in seiner Aufmerksamkeit einstweilen ganz von der "Befreiung" Südvietnams absorbiert sei. So kam es, daß die Verhandlungen erst über zwei Jahre später, nämlich am 7. Oktober 1977, in Peking starten konnten. Die vietnamesische Seite berief sich hier abermals darauf, daß die Konventionen von 1887 und 1895 streng beachtet werden müßten, und daß man sich nicht nur auf die Landgrenze beschränken könne, sondern vielmehr auch die Seegrenze - also den gesamten Grenzverlauf - miteinbeziehen müsse. China andererseits bestand darauf, nur die Landgrenze ins Auge zu fassen.

Daraufhin erklärte sich die vietnamesische Seite damit einverstanden, zuerst einmal nur die Landgrenze zu diskutieren, dann aber - in einem zweiten Schritt - die Abgrenzung im Golf von Tonkin zur Sprache zu bringen. Die chinesischen Verhandlungspartner jedoch ließen sich auf den zweiten Teil dieses Vorschlags nicht ein, sondern verfolgten ihre Einschränkungstaktik. Daraufhin versteifte sich auch die vietnamesische Seite wieder auf ihren ursprünglichen Vorschlag und beantragte die simultane (nicht nur die sukzessive) Diskussion beider Grenzabschnitte. Vielleicht könne man sich aber dahin einig, daß man die

Karte:

DIE VIER INSELGRUPPEN UND DIE ABGRENZUNGEN IM GOLF VON TONKIN

22 南海诸岛



Quelle: Zhonghua Renmin Gongheguo Fen Sheng Ditu Ji, Peking 1977, Karte 22

Golfrage zwar zur Kenntnis nehmen, aber für eine spätere Diskussion aufbewahren. Ganz in diesem Sinne legte die vietnamesische Seite nun einen Vertragsentwurf vor, der sich auf die Landgrenzen beschränkte (der Wortlaut dieses Entwurfs ist im Anhang abgedruckt).

Die chinesische Seite wollte den Entwurf jedoch nicht annehmen und machte nun abermals einen Gegenvorstoß: Der Status quo der Grenze - nicht etwa der Status quo der historischen Grenze - solle einstweilen beibehalten werden.

Die Verhandlungen zogen sich über zehn Monate hin und endeten dann am 17. Juli 1978 - zu einer Zeit also, als das Hoa- und das Grenzproblem zwischen beiden Staaten bereits hochakut geworden war.

Teil 4: "Chinesische Provokationen und Verletzungen der Souveränität des vietnamesischen Territoriums seit 1978"

Von Anfang 1978 bis Februar 1979, also bis zum Ausbruch des 27-Tage-Kriegs, habe die VR China ihre Grenzübergreifungen und Provokationen ständig eskaliert.

- Von Januar bis August 1978 habe Peking den Exodus von rund 170.000 Hoa zurück nach China veranlaßt. Am niederträchtigsten dabei sei gewesen, daß, als die Hoa in massiven Trecks nach Norden kamen, China die Grenzen schloß und damit im Bereich des "Freundschaftspasses" verheerende Probleme schuf.

- Des weiteren hätten sich die chinesischen Grenzübergreifungen gehäuft, vor allem am 25. Oktober, 1. November und 23. Dezember 1978, ferner am 14. Januar, 2. Februar, 10.-25. Januar, 10. Februar, 11. Februar und 15. Februar 1979.

- Am 17. Februar 1979 schließlich hätten die "Pekinger Behörden" 600.000 Mann, gegliedert in 11 Armeekorps und zahlreiche unabhängige Divisionen (darunter Gebirgsjäger und frühere Hoa) sowie mit 500 Tanks und über 700 Flugzeugen verschiedener Typen ihren Großangriff gegen Vietnam gestartet. Schon am ersten Tag hätten 20 Infanteriedivisionen gleichzeitig die sechs vietnamesischen Grenzprovinzen angegriffen und unvorstellbare Grausamkeiten begangen.

Teil 5: "Der richtige Weg für eine Bereinigung der Grenzfragen zwischen Vietnam und China" führe über die oben bereits erwähnten Vorschläge der vietnamesischen Regierung vom 6. März 1979.

Auf die Note des vietnamesischen Außenministeriums vom 15. März antwortete das chinesische Außenministerium am 19. März und schlug vor, daß die bilateralen Verhandlungen auf Vizeaußenminister-Ebene am 28. März beginnen sollten - und zwar abwechselnd in Hanoi und Peking. China werde seinen stellvertretenden Außenminister, Han Nianlong, entsenden (14).

Am 21. März gab das vietnamesische Außenministerium zur Antwort, daß Vietnam mit Verhandlungen am 29. März einverstanden sei, falls China seine Resttruppen bis spätestens 28. März wirklich zurückgezogen habe (die chinesische Regierung hatte offiziell verkündigt, daß der letzte chinesische Soldat bereits am 15. März 1979 Vietnam verlassen habe) (15). Am 23. März gab ein Sprecher des vietnamesischen Außenministeriums bekannt, daß chinesische Truppen noch an mehr als dreißig Stellen tief in vietnamesischem Territorium stünden, und konkretisierte die einzelnen Orte (16).

In einer Verlautbarung des chinesischen Außenministeriums vom 6. April wird Vietnam angeprangert, zwischen dem 22. und dem 30. März in nicht weniger als vier Notizen von einer angeblich fort-dauernden Präsenz chinesischer Truppen "phantasiert" zu haben. Einmal habe man von zehn, dann wieder von achtzehn und dann schließlich von dreißig Orten gesprochen. Wo liege eigentlich die Wahrheit? Wenn Vietnam wirklich ernsthaft an Verhandlungen denke, so möge es folgenden Vorschlag annehmen: Der chinesische Vizeaußenminister Han werde am 14. April in Hanoi eintreffen (17).

Mit Note vom 7. April erklärte sich Hanoi überraschend mit diesem Vorschlag einverstanden (18). Das plötzlich so kleinlaute Einlenken Hanois läßt darauf schließen, daß Vietnam rechtzeitig erkannt hatte, daß es mit großen Forderungen nicht weiterkomme - oder aber, daß sich die "Tauben" um Pham Van Dong durchgesetzt hatten. Wahrscheinlich ruhte auch die Last einer doppelten Kriegsführung an der Nord- und an der Südwestgrenze allzu drückend auf den Menschen und auf der Wirtschaft des Landes.

Kurz hintereinander fanden nun zwei Verhandlungen statt, nämlich am 18. und am 26. April.

2. Die erste Sitzung (18. April 1979)

a) Der vietnamesische Drei-Punkte-Vorschlag

Bei den Verhandlungen im "Internationalen Club" von Hanoi nahmen auf jeder Seite acht Unterhändler teil.

Der vietnamesische Delegationsführer, Phan Hien, unterbreitete einen Drei-Punkte-Vorschlag.

aa) Dringende Friedenssicherungsmaßnahmen, d.h. im einzelnen: Entmilitarisierung des Grenzgebiets in einer Tiefe von jeweils 3-5 km jenseits der effektiven Kontrolllinie, wie sie bis zum 17. Februar 1979 bestand

- Einstellung aller militärischer Aktivitäten
- Listenaustausch über die Kriegsgefangenen zur Vorbereitung einer baldestmöglichen Übergabe
- Bildung einer gemischten Kommission für die Kontrolle obiger Maßnahmen

bb) Wiederherstellung der normalen Beziehungen zwischen beiden Seiten auf der Basis der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz (Vietnam wollte China m.a.W. nicht mehr als sozialistischen Staat anerkennen: Von "proletarischem Internationalismus" ist mit keinem Wort die Rede); Verhandlungen; Wiederaufnahme der Beziehungen im Verkehrs-, Luftfahrt- und Postwesen sowie Lösung der Kriegsfolgeprobleme.

cc) Regelung der Grenzfragen nach den Konventionen von 1887 und 1895, wie sie 1957/58 durch beide Seiten neu bestätigt worden sind (19). Gleichzeitig machte Vietnam klar, daß es nicht bereit sei, über Kampuchea zu verhandeln. Der Rest der etwa dreiviertel Stunden langen Rede Phan Hiens war mit einer detaillierten Darstellung der chinesischen Invasion Vietnams, des Ausmaßes der dadurch verursachten Zerstörungen und mit Schuldvorwürfen an China ausgefüllt. U.a. sprach er von einem "wohlkalkulierten und lange vorbereiteten Aggressionskrieg im Rahmen der expansionistischen und hegemonistischen Politik

Chinas gegen Vietnam und Südostasien".

Han Nianlong, der die Rede vermutlich mit eisigem Gesicht über sich hat ergehen lassen, erwiderte mit einer gezügelten Rede, die damit endete, daß er seine Hoffnung auf eine positive Fortsetzung der traditionellen chinesisch-vietnamesischen Beziehungen Ausdruck gab (20). In einer anschließenden Pressekonferenz beschwerte er sich über die Rede seines Verhandlungspartners, vor allem darüber, daß dieser die ganze Schuld an den Auseinandersetzungen auf China abgeladen habe (21).

b) Schrille Begleitmusik zu den Verhandlungen

Sollen Verhandlungen zwischen zwei gegeneinander so voreingenommenen Verhandlungspartnern einigermaßen erfolgreich sein, so wäre wenigstens ein von Propaganda und gegenseitigen Anschuldigungen freies Klima erforderlich gewesen.

Doch hatten es offensichtlich beide Seiten darauf angelegt, die Atmosphäre auch außerhalb des Verhandlungssaales zu belasten.

Was die vietnamesische Seite anbelangt, so ließ sie keine Gelegenheit vorübergehen, die Chinesen als "Feind Nr. 1" anzuprangern.

Die Parteizeitung "Nhan Dan" beispielsweise kam erneut mit dem in der vietnamesischen Propaganda nun schon zum Cantus firmus gewordenen Generalthema des Hegemonismus heraus: Die "chinesischen Reaktionäre" versuchten, das von den USA in Südostasien hinterlassene Vakuum zu füllen (22). Kein Zufall sei es auch, daß die Chinesen mit den Amerikanern insgeheim zusammenarbeiteten (23). Die vietnamesische Nachrichtenagentur (VNA) rekonstruierte ein Drei-Phasen-Schema des chinesischen Angriffs gegen Vietnam seit dem 30. April 1975, also dem Tag der Kapitulation Südvietnams:

- Vom 30. April 1975 bis zum 30. April 1977 sei es den "chinesischen Reaktionären" darum gegangen, wirtschaftlich, politisch und diplomatisch Druck auf Vietnam auszuüben.

- Vom 30. April 1977 bis zum 17. Januar 1979 sei China dann zum "indirekten Krieg" übergegangen, indem es die Pol-Pot-Ieng-Sary-Clique in Kampuchea zu kriegerischen Sticheleien gegen Vietnam von Südwesten her veranlaßt habe. Parallel dazu hätten die Chinesen Teile der Hoa-Bevölkerung zu einem Aufstand im Inneren Vietnams veranlaßt. Gleichzeitig habe Peking seine Hilfe eingestellt, alle seine Experten zurückgerufen und die Hoa-Bevölkerung aufgefordert, China zu verlassen, wobei man darauf gehofft habe, sie später als Spione und Kommandoeinheiten für einen eventuellen neuen Angriff auf Vietnam auszubilden.

- Seit dem 17. Februar 1979 sei es dann zwischen China und Vietnam zum offenen Krieg gekommen. Doch sei diese direkte Aktion ebenso gescheitert wie seinerzeit der indirekte Angriff mit Hilfe der Pol-Pot-Clique (24).

Was das Militärunternehmen der Chinesen selbst anbelangt, so wurden einzelne Aspekte von den vietnamesischen Kommunikationsorganen geschickt aufbereitet. So berichtete beispielsweise VNA (25), daß chinesische Truppen mit Dynamit die Pac-Bo-Grotte nahe der Grenze in der Cao-Bang-Provinz gesprengt hätten, wo Ho Chi Minh unmittelbar nach seiner Rückkehr aus dem Ausland gelebt habe und wo

er mit seiner Revolution begonnen habe. Die Felszeichnungen Ho Chi Minhs seien verlorengegangen. Vandalen hätten auch das Pac-Bo-Museum zerstört. Kein Zweifel - diese Propaganda kommt bei den breiten Massen an! Es wurden auch zahlreiche Filme gezeigt über "Pekings Aggression und seine bittere Niederlage" (26). Ausgestellt wurden ferner Waffen und Uniformen, die den "chinesischen Aggressoren" abgenommen worden seien (27). In Hanoi fand eine "Siegesausstellung" statt, die am 4. April unter Anleitung des Ministeriums für Kultur und Information eröffnet wurde. 400 Fotos und über 1000 andere Exponate sollten dabei die "üblen Pläne und Verbrennen der chinesischen Reaktionäre" ans Tageslicht bringen (28). In Zeitungen wurde über die Unfähigkeit der chinesischen Truppen, nicht zuletzt aber auch über "Korruption" in der chinesischen Armee gesprochen (29). General Van Tien Dung, der Sieger von Saigon und - neben General Giap - Oberkommandierender der vietnamesischen Truppen im 27-Tage-Krieg von 1979, veröffentlichte am 30. April einen Artikel, in dem er mit den "Pekinger Expansionisten und Imperialisten" abrechnet: Die vietnamesischen Streitkräfte hätten der aus 600.000 Mann bestehenden chinesischen Aggressionsarmee "wohlverdiente Strafschläge erteilt" (30). Am 16. April beschuldigte Radio Hanoi (31) die Chinesen, sie hätten den vietnamesischen Luftraum verletzt. Ein Flugzeug sei abgeschossen worden. Die chinesische Regierung leugnete (32) diese Tatsache zwar nicht, gab aber zu verstehen, daß das Flugzeug nicht absichtlich, sondern aus Versehen vom chinesischen Territorium abgekommen sei. Dies wurde von Hanoi als "Lüge" bezeichnet (33). Am 24. April übergaben die vietnamesischen Behörden einem Vertreter der chinesischen Botschaft in Hanoi die sterblichen Überreste des Piloten (34).

Zahlreiche vietnamesische Angriffe waren der "kontinuierlichen Politik der Grenzverletzung" durch China gewidmet. VNA behauptet noch am 19. April (35), daß chinesische Truppen nach wie vor mehr als zehn Areale auf vietnamesischem Territorium besetzt hielten und daß sie dort Laufgräben zögen und Befestigungen anlegten. Außerdem habe China über 500.000 Soldaten entlang der vietnamesischen Grenze stationiert und überdies zwölf vollausgerüstete Divisionen an die vietnamesische Grenze geworfen. Chinesische Truppen führen damit fort, mit allen Kalibern, von der Infanterie bis zu schwerer Artillerie, vietnamesisches Territorium zu beschießen. Radio Hanoi zählt am 26. April 1979 (36) vierzehn Punkte auf, wo sich noch chinesische Truppen aufhielten. Nach "unvollständigen Statistiken" hätten chinesische Truppen ferner drei Grenzmarkierungen ausgegraben und sie tief in vietnamesisches Gebiet hinein versetzt; außerdem hätten sie sechs weitere Grenzmarkierungen zerstört. Die Namen der einzelnen Örtlichkeiten werden dabei genauer aufgezählt. Ferner hätten chinesische Boote und Flugzeuge den vietnamesischen Wasser- und Luftraum verletzt. Zwischen dem 16. März und dem 24. April hätten chinesische Truppen schließlich 78 bewaffnete Zwischenfälle und Sabotageakte auf vietnamesischem Gebiet verübt, wobei sie entweder mit Artillerie schossen oder aber in kleinen Verbänden in vietnamesisches Territorium eindringen (37).

Schließlich fanden zahllose Kundgebungen statt, bei denen die Politik der "chinesischen Reaktionäre" verurteilt wurde.

Vietnams Propaganda griff auch das Thema der

"chinesischen Subversionsversuche in Südostasien" auf und wies vor allem auf die Unterstützung der philippinischen "Neuen Volksarmee" durch Peking hin. In Süd- und Südostasien versuche China, einen "Sonderkorridor" auszubauen, durch den Waffen und Geheimagenten an maoistische Elemente herangeschleust werden können. Dieser Korridor solle sich von Thailand über Birma bis hinein nach Nordostindien erstrecken. Hierbei arbeite Peking eng mit US-Geheimagenturen zusammen, die überall in Süd- und Südostasien die Unruhen unter den Dissidenten ausnutzten (38).

Vietnam griff auch auf Texte von Wandzeitungen zurück, die angeblich in Peking und Schanghai gegen den chinesischen Vietnam-Feldzug geschrieben worden waren; es behauptete, China arbeite insgeheim mit Israel zusammen, und es brachte schließlich Berichte, die manchmal ans Groteske grenzten: So würden z.B. in Peking kleine Kinder zum Verkauf angeboten (39).

Die chinesische Propaganda stand diesen vietnamesischen Anschuldigungen in nichts nach. Breiten Raum nahmen die Anschuldigungen gegen Grenzverletzungen durch vietnamesische Einheiten ein. Militärische Aktionen dieser Art werden im einzelnen aufgezählt (40). Ein weiteres wichtiges Thema war die Beschuldigung an die Adresse Hanois, den Sowjets Basen zu überlassen, und zwar die Luftbasis Da-nang und die beiden Marinebasen Cam Ranh und Da-nang (41). In den Hafen von Cam Ranh vor allem seien in letzter Zeit zahlreiche sowjetische Schiffe eingelaufen (42).

Ferner werden den Vietnamesen hegemonistische Absichten gegenüber den ASEAN-Ländern unterstellt: Chinesische Truppen hätten bei ihrem Feldzug ein Dokument erbeutet, das in vier Teile gegliedert war: eine kurze Einführung zur ASEAN, die Beschreibung des Zwecks der Reise Pham Van Dongs in fünf ASEAN-Länder im September und Oktober 1978, die Darlegung der Grundprinzipien dieses Besuchs und eine Darstellung der Höhepunkte der Visite. Dabei habe sich Pham Van Dong, obwohl er nach außen hin mit "süßen Worten" nicht gespart habe, in Wirklichkeit mit hinterhältigen Gedanken getragen. U.a. sei er der Ansicht gewesen, daß es in den ASEAN-Ländern an einer "wirklichen Unabhängigkeit" fehle und daß die ASEAN-Länder "Lakaien des US-Imperialismus" seien. Man müsse diesem Zustand abhelfen (43).

Ebenso wie Vietnam veranstaltete auch China umfangreiche Siegesfeiern, die dazu angetan waren, den jeweils anderen zu reizen. Besonders wichtig in diesem Zusammenhang waren die Delegationen des ZK unter Führung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Wang Zheng und seines Kollegen Fang Yi nach Guangxi und Yunnan (44). Siegesfeiern fanden Anfang April in den Hauptstädten der beiden Grenzprovinzen, Kunming und Nanning, statt.

Breiten Raum in der chinesischen Propaganda nahm auch das Thema der vietnamesischen Spionage ein (45). Man ließ es sich auf chinesischer Seite auch nicht nehmen, über die angebliche "Unbesiegbarkeit" der vietnamesischen Truppen zu spotten. Auch wurde darauf hingewiesen, daß immer mehr vietnamesische Soldaten desertierten (46).

Verärgert reagiert Peking vor allem dann, wenn die vietnamesische Propaganda auf die Übergriffe der chinesischen Feudalherrscher in alter Zeit anspielt. Wie könne man diese in der Tat üblen Aktionen dem chinesischen Volk heute noch ankreiden? Vietnam solle gefälligst derartige Entstellungen unterlassen.

Besonders wütend reagiert Xinhua auf die "platten Lügen" vietnamesischer Berichte über Vorgänge in der heutigen Volksrepublik, z.B. über die Meldung von Nhan Dan vom 20. April, daß der "israelische Außenminister Dayan sich für einen Geheimbesuch Chinas vorbereite" (47). Mit solchen Anschuldigungen "vergifte Vietnam die Atmosphäre" der Gespräche (48).

3. Die zweite Sitzung (26. April 1979)

a) Vorspiel

Ehe es zur zweiten Verhandlungsrunde kam, veröffentlichte die Pekinger Renmin Ribao am 23. März den vollen Wortlaut des Memorandums eines Gesprächs zwischen Li Xiannian und dem vietnamesischen Ministerpräsidenten Pham Van Dong vom 10. Juni 1977, in dem die bilateralen Probleme, wie es hieß, "freimütig und kameradschaftlich" erörtert worden seien. Sieben Probleme wurden dabei angesprochen, nämlich

- die Grenzlinie zwischen China und Vietnam. Die chinesisch-französischen Konventionen von 1887 und 1895 seien nach wie vor gültig. Deshalb seien Hanoi und Peking 1957 und 1958 in einem Briefaustausch zwischen ihren beiderseitigen ZKs übereingekommen, den Status quo an der Grenze aufrechtzuerhalten und eventuelle Grenzfragen durch die beiden Zentralregierungen zu lösen. Noch 1975 habe China vorgeschlagen, über die Landgrenzen zu verhandeln, doch sei die vietnamesische Seite damit nicht einverstanden gewesen. Vielmehr habe Vietnam bereits 1974 mehr als 100 Grenzzwischenfälle und 1976 900 Grenzzwischenfälle verursacht. China wünsche den Status quo an der Grenze; dies heiße allerdings nicht, daß man über Einzelpunkte nicht verhandeln könne.

- Die Reibungen um die Eisenbahnanschlußstelle am "Freundschaftspaß". (Näheres s. B/IV).

- Der Territorialstreit um die Nansha (Spratley)- und Xisha (Paracel)-Inseln. Beide hätten von jeher zu China gehört. Am 15. Juli 1956 habe der stellvertretende Außenminister Vietnams dies auch zugegeben. Als am 4. September 1958 die chinesische Regierung eine Deklaration über die chinesischen Territorialgewässer herausgab, in der der chinesische Anspruch über die Inseln im Südchinesischen Meer nochmals nachdrücklich betont wurde, sei dies von Ministerpräsident Pham Van Dong anerkannt und bekräftigt worden. Diese Anerkennung wurde am 9. Mai 1965 von seiten Vietnams nochmals wiederholt. Erst 1974 hätten die vietnamesischen Genossen ihren Standpunkt geändert und 1975 - Hand in Hand mit der Befreiung Südvietnams - sechs Inseln der Nansha-Gruppe besetzt (d.h. es traten nordvietnamesische Besatzer an die Stelle der Saigon-Truppen).

- Wie oben bereits erwähnt, erhebt China auch einen Territorialanspruch auf das gesamte Meeresgebiet des Tonkin-Golfes (Beibu). Eine Grenzlinie habe es dort nie gegeben (Näheres s. B/II).

- Ein weiteres Problem seien die über eine Million in Vietnam lebenden Auslandschinesen, die Hoa. China lehnt grundsätzlich eine doppelte Staatsbürgerschaft ab und ermuntert daher die Hoa, entweder chinesische Staatsbürger zu bleiben, dann aber die Gesetze des Gastlandes einzuhalten - oder aber für die Staatsbürgerschaft des anderen Landes zu optie-

ren. Hierbei dürfe allerdings nie Zwang angewendet werden. Ganz in diesem Sinne einigte sich die KPCh mit der vietnamesischen Lao Dong 1955 über die Staatsbürgerschaft der Hoa. Als zwei Jahre später das Diem-Regime in Südvietnam die Hoa zur Annahme der vietnamesischen Staatsbürgerschaft zwingen wollte, gab die chinesische Kommission für Auslandschinesenangelegenheiten am 20. Mai 1957 eine scharfe Protesterklärung ab, der sich die Führung in Hanoi anschloß (49). Spätestens seit Frühjahr 1978, als die Kollektivierung des Handels und der Industrieunternehmen in Vietnam begann, fühlten sich große Teile der rund eine Million Hoa umfassenden Bevölkerung diskriminiert und flohen z.T. (rund 200.000 Menschen) in die VR China. Angesichts der durch diese Massenflucht entstandenen Belastung der chinesischen Volkswirtschaft stellte Peking - so wenigstens war die offizielle Erklärung - seine Entwicklungshilfe an Vietnam ein. Gleichzeitig wies Peking darauf hin, daß es die in China lebenden 5-6.000 Vietnamesen noch nie diskriminiert habe. Wegen der Hoa-Frage kam es auch zur Schließung der zwei chinesischen Generalkonsulate in Nordvietnam im Spätsommer 1978.

- Das sechste Problem, das Li Xiannian zur Sprache brachte, war die Identifizierung der Volksrepublik mit den "feudalen Dynastien Chinas". Für deren Untaten könnten weder die KP noch die Regierung noch das Volk der VR China verantwortlich gemacht werden.

- Was schließlich die chinesische Entwicklungshilfe anbelangte, so hatte Pham Van Dong am 15. November 1976 einen Bittbrief mit Liste überreicht, der von den Chinesen jedoch abgelehnt wurde, da man sich "z.Zt. selbst in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befinde".

Das vietnamesische Außenministerium reagierte auf die Veröffentlichung des Li-Xiannian - Pham-Van-Dong - Memorandums heftig und mit Schärfe: Zum einen sei dort unerwähnt geblieben, daß sich Pham Van Dong entschieden gegen die im Memorandum enthaltenen Unterstellungen zur Wehr gesetzt habe, zum anderen ziele die Publikation offensichtlich darauf ab, die öffentliche Meinung in die Irre zu führen.

b) Der chinesische Acht-Punkte-Vorschlag

Durch das "Memorandum-Zwischenspiel" aufgeheizt, gingen die Unterhändler in die zweite Runde, die abermals in Hanoi stattfand. Auch diesmal begann zuerst der vietnamesische Vertreter Phan Hien mit einer leidenschaftlichen Rede, die gespickt war mit Vorwürfen gegen die VR China. Wörtlich: "Man muß doch fragen, ob der Stellvertreterkrieg gegen Vietnam an der vietnamesischen Südwestgrenze, der nicht abreißende Reigen von Provokationen und bewaffneten Zwischenfällen entlang der vietnamesischen Nordgrenze, die Anstachelung der Hoa zu antivietnamesischen Aufständen und schließlich die Einstellung der gesamten Entwicklungshilfe an Vietnam dazu angetan sind, die Freundschaft zwischen den zwei Völkern aufrechtzuerhalten und gutnachbarschaftliche Beziehungen zwischen beiden Staaten zu fördern. Man muß auch fragen, ob sich die chinesische Erklärung, Freundschaft mit dem vietnamesischen Volk aufrechtzuerhalten, damit vereinbaren läßt, daß China gleichzeitig über 500.000 Soldaten (früher war

von 600.000 die Rede!) sowie Tanks und Artillerie entlang der vietnamesischen Grenze stationiert... Schließlich sollte man auch fragen, ob das Liebäugeln mit dem Imperialismus, vor allem mit dem US-Imperialismus... und die Anstiftung westlicher Länder zur Einstellung der Wirtschaftsbeziehungen mit Vietnam... ein Ausdruck des Wunsches der chinesischen Führer ist, die sino-vietnamesische Freundschaft zu fördern." Immer noch hielten chinesische Truppen an "über zehn Punkten" innerhalb des vietnamesischen Territoriums Stellungen besetzt.

Unter diesen Umständen sei der erste der drei vietnamesischen Vorschläge vom 18. März, der Sofortmaßnahmen zur Friedenssicherung betreffe, ganz besonders vordringlich und könne hier nur abermals bekräftigt werden (50).

Der chinesische Vertreter, der beim ersten Mal durch die scharfe Rede seines Verhandlungspartners offensichtlich überrascht worden war, hatte sich diesmal gründlicher vorbereitet und konterte mit einer langen Rede, in der er zuerst nochmals an die selbstlosen Dienste erinnerte, die China den Vietnamesen während des Zweiten Indochinakriegs erwiesen habe. Die vietnamesischen Behörden hätten jedoch Gutes mit Schlechtem vergolten, zwischen 1974 und dem 16. Februar 1979 nicht weniger als 3.535 Grenzwissenschaften inszeniert, rund 200.000 Hoa nach China vertrieben, an vielen Stellen den Status quo entlang der Grenze verändert, Angriffe auf die "chinesischen" Inseln im Südchinesischen Meer gestartet und sich im übrigen aufs engste den Sowjets angeschlossen. Immer wieder hätten chinesische Staatsmänner versucht, die Vietnamesen zur Raison zu bringen, so beispielsweise Anfang der siebziger Jahre Zhou Enlai, dann im September 1975 Deng Xiaoping, im Juli 1977 Li Xiannian und im November 1977 Hua Guofeng (anlässlich eines Pekingbesuches des vietnamesischen Generalsekretärs Le Duan). China brauche im Interesse seines eigenen Aufbaus und der Verwirklichung der "Vier Modernisierungen" Ruhe und Frieden an den Grenzen. Es habe sich aber schließlich angesichts des vietnamesischen "Expansionsismus" zu einem "Gegenangriff zwecks Selbstverteidigung" gezwungen gesehen. Seine Ausführungen schloß Han Nianlong mit einem Acht-Punkte-Vorschlag:

- Erstens sollten beide Seiten ihre gegenseitigen Probleme auf dem Weg der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz lösen (auch China betrachtet Vietnam also nicht mehr als sozialistischen Staat!)

- Zweitens solle Hanoi sich zu einer Antihegemonie-Haltung verpflichten. Die Antihegemonie-Klausel des Schanghai-Kommuniqués von 1972 wird auch hier in die Diskussion gebracht: Keine von beiden Seiten solle in Indochina, Südostasien oder in anderen Teilen der Welt nach Hegemonie streben, und jede Seite solle dem Bestreben eines dritten Landes (!) oder einer Gruppe von Ländern, eine solche Hegemonie zu errichten, entgegenzutreten. Gegenüber Schanghai ist hier eine Änderung vorgenommen, insofern sich die Antihegemonie-Gesinnung nun nicht nur auf den asiatisch-pazifischen Raum, sondern auf die ganze Welt beziehen soll. Insofern gleicht die neu vorgeschlagene Antihegemonie-Klausel jener Vereinbarung, wie sie in den chinesisch-japanischen Friedens- und Freundschaftsvertrag vom Herbst 1978 aufgenommen wurde. Keine von beiden Seiten solle schließlich Streitkräfte in anderen Ländern stationieren (China spielt hier offensichtlich auf die vietnamesischen

Streitkräfte in Kampuchea und in Laos an). Keine Seite solle außerdem einem Militärblock beitreten, der gegen die jeweils andere Seite gerichtet ist, und auch keine Militärbasen an andere Länder vergeben (damit sind offensichtlich der vietnamesisch-sowjetische Freundschaftsvertrag vom 3. November 1978 sowie die Vergabe von Cam Ranh und Da-Nang an die Sowjetunion gemeint). Schließlich solle auch keine von beiden Seiten das Territorium anderer Länder benutzen, um die andere Seite oder aber andere Länder zu bedrohen, Subversion gegen sie zu betreiben oder sie militärisch anzugreifen.

- Drittens sollen die chinesisch-französischen Grenzvereinbarungen aus dem 19. Jahrhundert als weiterhin geltend respektiert werden. Die damals gezogene Linie solle als Grundlage für Verhandlungen zur Lösung der Grenz- und Territorialstreitigkeiten dienen. Bis zur endgültigen Lösung solle man den Status quo aufrechterhalten, wie es ja im Briefwechsel der beiden KPs von 1957/58 vereinbart worden sei. Hier spielt China nur auf die Landgrenzen an. (Die Seegrenzen werden ja dann im vierten Punkt erwähnt.)

- Viertens solle jede Seite die Souveränität der anderen über ihre 12-Seemeilen-Territorialgewässer respektieren. Beide Seiten sollten ihre jeweiligen Wirtschaftszonen und ihren Festlandssockel im Tonkin-Golf und in anderen Meeresteilen in gerechter und vernünftiger Weise entsprechend den Prinzipien des gegenwärtigen internationalen Seerechts abgrenzen (was damit gemeint ist, wird in dem oben bereits zitierten Memorandum Li Xiannians konkretisiert.) China geht davon aus, daß der weitaus größte Teil des Golfs von Tonkin chinesisches Territorium sei. Eine von den Vietnamesen behauptete Grenzziehung wird in diesem Bereich nicht anerkannt. Im Gegensatz zum Memorandumstext ist allerdings Punkt 4 der "Acht Vorschläge" relativ milde ausgefallen und zeigt zumindest formell Verständigungsbereitschaft von seiten Chinas. (Näheres dazu s. B/II)

- Fünftens werden die Xisha- und Nansha-Inseln (Spratley und Paracel) als "von jeher unabtrennbare Bestandteile des chinesischen Territoriums" bezeichnet. Die vietnamesische Seite solle doch diese Position endlich anerkennen und ihre Truppen von den noch besetzten Nansha-Inseln zurückziehen.

- Sechstens sollen die Auslandschinesen in Vietnam und die Auslandsvietnamesen in China dazu angehalten werden, die Gesetze ihres Aufenthaltslandes zu beachten. Gleichzeitig sollen ihre Grundrechte von den zuständigen Regierungen geschützt werden (China spielt hier auf die Behandlung der südvietnamesischen Hoa an).

- Siebtens sollen die nach China und in andere Teile der Welt vertriebenen Hoa von Vietnam repatriert werden, wobei die chinesische Regierung gerne bereit sei, helfend mitzuwirken.

- Schließlich sollen achtens die Bahnverbindungen, der gegenseitige Handel, die Zivilluftfahrt sowie das bilaterale Post- und Fernmeldewesen wiederaufgenommen werden (51).

Schließlich geht Han noch auf den vietnamesischen Drei-Punkte-Vorschlag ein und weist darauf hin, daß "die substantiellen Fragen und Kernprobleme in den Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern darin ausgeklammert" seien. Wie RMRB (52) ergänzt, seien Teile der "Lösungsvorschläge" bereits im vietnamesisch-kampucheanischen Verhältnis angewandt worden - mit welchem Erfolg, das wisse man heute ja! Die

erste Position des Drei-Punkte-Vorschlages vom Februar 1978 gegenüber Kampuchea habe gelautet: "Die Streitkräfte beider Seiten sollen sich fünf Kilometer von der Grenze zurückziehen." Kurze Zeit darauf hätten die vietnamesischen Behörden über 100.000 Mann Kampftruppen aufmarschieren und in das Demokratische Kampuchea einfallen lassen. Offensichtlich haben sich die Chinesen auch daran gestört, daß in dem vietnamesischen Vorschlag Grundprobleme, wie die Kampuchea-Frage, das Militärbündnis mit anderen Großmächten, die Hoa-Frage oder aber das maritime Grenzproblem überhaupt nicht angeschnitten sind.

Die Verhandlung vom 26. April muß hochgradige Emotionen wachgerufen haben. Kurz nach der Sitzung gab Han Nianlong eine leidenschaftliche Erklärung ab, in der er "die vietnamesische Regierung daran erinnerte, daß über 100.000 vietnamesische Aggressoren immer noch dabei seien, das kampucheanische Volk hinzuschlachten und dieses Land militärisch zu besetzen; Vietnam hat Zehntausende von Soldaten in Laos stehen und diesen Staat unter totale Kontrolle gebracht; vietnamesische Truppen besetzen zahlreiche Inseln des chinesischen Nansha-Archipels. Wo gibt es überhaupt noch einen anderen Staat auf der Welt, der so viele Truppen in andere Länder entsandt hat wie Vietnam?" (53)

Phan Hien hielt einen Tag später in Hanoi eine Rede, in der er nicht weniger temperamentvoll betonte, daß "wir bereit sind, zehnmal, hundertmal oder gar tausendmal zu wiederholen, daß die chinesischen Führer und niemand anders für den Aggressionskrieg gegen Vietnam verantwortlich sind... Wer eigentlich hat die Teilung Vietnams im Jahre 1954 befürwortet? Wer hat die Teilung von Laos im Jahre 1954 veranlaßt? Wer hat verhindert, daß Kampuchea eine befreite Zone im Jahre 1954 errichtete? Wer warnte Vietnam, im Jahre 1964 einen bewaffneten Kampf zu beginnen? Wer riet Vietnam, ohne Krieg auf eine Befreiung Südvietnams zu warten? Wer hinderte die Welt daran, Vietnam zu unterstützen? Wer exportierte die Kulturrevolution nach Vietnam? Wer stimmte den USA bei der Blockade verschiedener vietnamesischer Häfen zu, und wer billigte die Bombardierung Hanois und Haiphongs durch B-52-Bomber im Jahre 1972? Wer unterstützte das Lon-Nol-Regime in Kampuchea und nahm am Sturz Sihanouks teil? Wer gab Vietnam, im Anschluß an die Unterzeichnung der Pariser Abkommen im Jahre 1973, den Rat, Kampuchea zu Verhandlungen mit den USA zu veranlassen? Wer vereinnahmte die vietnamesischen Paracel-Inseln? Und wer eigentlich führte die Subversion in Laos durch und setzte dort eine neue 'Revolutionspartei des Laotischen Volkes' ein? Wenn ich schon auf Kampuchea zu sprechen komme, so muß man zuerst die Frage beantworten, wer drei Millionen Kampucheaner tötete. Wenn man von Laos spricht, ist man dem laotischen Volke Antwort über die antilaotischen Aktivitäten Chinas schuldig. Was Südostasien angeht, so muß man fragen, wer eigentlich politische Lakaien-Organisationen mit Geld und Waffen zum Zwecke subversiver Aktivitäten gegen die dortigen Regierungen veranlaßte. Wer eigentlich hat jene Unruhen gestiftet, an denen die Auslandschinesen in den verschiedenen südostasiatischen Ländern beteiligt waren? Wer betreibt eine Allianz mit dem US-Imperialismus? Wer hat sich selbst die NATO des Ostens genannt?" usw. usw. (54). Phan Hien bringt hier in recht demagogischer Form Richtiges und Falsches durcheinander. Man muß aber zugeben, daß

er die Stimmung seiner Zuhörer anzuheizen verstand. Zum Schluß seiner Rede nannte er die acht Vorschläge der chinesischen Seite "arrogant und irrational".

Die ganze Art der vietnamesischen Verhandlungsführung ärgerte die chinesische Seite. Ein Xinhua-Kommentator (54a) meint, daß die vietnamesischen Vertreter den Konferenztisch von Anfang an bloß als Plattform für ihre Anti-China-Propaganda betrachtet hätten.

4. Die dritte Sitzung (4. Mai 1979)

a) Vorspiel

Als die chinesisch-vietnamesischen Gespräche sich festgefahren zu haben schienen, nahm UNO-Generalsekretär Waldheim die Gelegenheit wahr, um sich sowohl in Hanoi als auch in Peking als Vermittler anzubieten. Waldheim hatte am 29. April in Hanoi vorgesprochen und führte am 30. April und 1. Mai Verhandlungen in Peking. In beiden Hauptstädten bekam er die gleiche Antwort, nämlich den Verweis auf die Verhandlungsvorschläge in Form der Drei- und der Acht-Punkte-Erklärungen. Dem sei nichts hinzuzufügen. In der chinesischen Hauptstadt wurde Waldheim von Außenminister Huang Hua, Deng Xiaoping und Hua Guofeng empfangen. Deng nahm auch diesmal kein Blatt vor den Mund und wies darauf hin, daß China sich das Recht, "den Vietnamesen eine weitere Lektion zu erteilen", vorbehalten, falls die vietnamesischen Streitkräfte ihre Provokationen entlang der gemeinsamen Grenze nicht einstellen sollten.

Daneben hatte es in der Zwischenzeit eine Flut gegenseitiger propagandistischer Entschuldigungen gegeben.

Angesichts dieser atmosphärischen Gegebenheiten stand auch die dritte Verhandlungsrunde von vornherein unter ungünstigen Vorzeichen. In der Tat wurden die Reden dann auch mehr zum Fenster hinaus als an die Adresse des Verhandlungspartners gehalten.

b) Die Verhandlungen

Die vietnamesische Seite versicherte zunächst, daß sie den chinesischen Acht-Punkte-Vorschlag genau studiert habe, ihn aber für im wesentlichen unbegründet halte. Es gehe den Chinesen bei den laufenden Verhandlungen nicht um ein konkretes Ergebnis, sondern um einen weiteren Schritt auf dem Wege der Verwirklichung ihres "Großmachtchauvinismus und ihres Hegemonismus gegenüber Vietnam". Dieser Hegemonismus sei die eigentliche Ursache der gegenwärtigen bilateralen Schwierigkeiten. Chinas Hegemonismus sei 1962 (Grenzkrieg mit Indien), 1969 (Auseinandersetzung mit der Sowjetunion) und 1974 (Besetzung der Inseln im "Östlichen Meer"; chin.: Südchinesisches Meer) offen zutagegetreten. Unter diesen Umständen bleibe den drei Völkern Indochinas nichts anderes übrig, als sich zu einer Kampfgemeinschaft zusammenzuschließen. Wenn Peking dauernd von vietnamesischem Hegemonismus spreche, so kaschiere es damit nur seinen eigenen Hegemonismus. Sei es im übrigen nicht bezeichnend, daß die chinesische Acht-Punkte-Erklärung weitgehend nichts anderes enthalte als eine Wort-für-Wort-Wiederholung der antihegemonistischen Positionen, wie sie bereits im

Schanghai-Kommuniqué von 1972, im chinesisch-japanischen Freundschaftsvertrag von 1978 und im chinesisch-amerikanischen Kommuniqué von 1978 auftauchten? Werde hier nicht deutlich, daß China in einem Boot mit den imperialistischen Staaten sitzt?

Im Acht-Punkte-Vorschlag werde im übrigen die Forderung erhoben, daß Vietnam auf die Hoang-Sa- und Truong-Sa-Inseln (also auf die Paracel- und Spratley-Inseln) zugunsten Chinas verzichten müsse. Doch seien diese Inseln immer schon vietnamesisches Territorium gewesen. Auch die chinesischen Grenzvorstellungen im Golf von Tonkin (Bac-Bo-Golf; chin.: Beibu-Golf) widersprächen den Abgrenzungsabmachungen von 1887 und 1895.

Der chinesische Acht-Punkte-Vorschlag betreffe im übrigen res postea und klammere die z.Zt. vordringlichen Aufgaben aus. Hiermit setze sich China zu seinem eigenen früheren Verhalten in Widerspruch: Bei den Grenzausinandersetzungen mit Indien von 1959 und 1962 beispielsweise habe Peking stets ein Auseinanderrücken der Streitkräfte vorgeschlagen; das gleiche sei auch der Fall gewesen bei den Auseinandersetzungen mit der Sowjetunion im Jahre 1969 und 1971. Warum wollten die Chinesen diesmal eigentlich nicht der Schaffung einer demilitarisierten Zone entlang der gemeinsamen Grenze zustimmen? Habe Vietnam nicht viermal, d.h. in seinen Noten vom 1., 19. und 31. März sowie vom 6. April 1979, die chinesische Seite dazu aufgefordert, hier praktische Vorschläge zu erwägen? Wenn China nicht auf diese Vorschläge eingehe, so zeige sich hierin deutlich das Bestreben Pekings, einen "chinesischen Frieden" - analog zur früheren "pax americana" - in Südostasien zu schaffen.

Der vietnamesische Drei-Punkte-Vorschlag enthalte alle für die Lösung der bilateralen Probleme wichtigen Anregungen, nämlich in Punkt 1 die "vordringlichen Maßnahmen", in Punkt 2 die Normalisierung auf der Basis der friedlichen Koexistenz und in Punkt 3 die Regelung der Grenzfragen.

Trotz der so unverständlichen Reaktionen Pekings wolle Vietnam aber seinen guten Willen zeigen und folgende Vorschläge einbringen:

- Bei der nächsten (d.h. vierten) Sitzung solle man sich über den vietnamesischen Punkt Nr. 1 einigen, nämlich über "vordringliche Maßnahmen" zur Friedenssicherung entlang der Grenzen. Bei der fünften Verhandlungsrunde schließlich sei der vietnamesische Punkt Nr. 2 (Wiederannäherung auf der Basis der friedlichen Koexistenz) zu verhandeln.

- Auch wolle Vietnam sich gerne auf die Territorialfrage in einer späteren Verhandlungsrunde einlassen.

- Schließlich solle man sich dem Problem der Kriegsgefangenen zuwenden. Vietnam übergebe hiermit der chinesischen Seite eine Liste der gefangenen chinesischen Soldaten. Man möge einen Gefangenen-austausch beschließen (54).

Die chinesische Seite wiederholte ihren Acht-Punkte-Vorschlag von der Zweiten Plenarsitzung und wies in einer langen Analyse darauf hin, daß die "Wurzel für die gegenwärtige Spannungslage in Indochina und Südostasien" im wesentlichen bei dem "nationalistischen Expansionismus und regionalen Hegemonismus Vietnams" liege. Vietnam habe die drei Länder Indochinas zu einer "Union nach dem Muster der UdSSR" zusammengezwungen; alle drei Länder sollten - im Zeichen "besonderer Beziehungen" - zu einer "Wirt-

schaftsgemeinschaft" und zu einer Streitkräfte-Gemeinschaft unter einem "vereinten vietnamesischen Oberkommando" sowie zu einer politischen Einheit zusammengefügt werden, die vor allem durch Tausende von vietnamesischen "Beratern aller Ränge und des verschiedensten Typs" überwacht würden. Durch "Verträge über Freundschaft und Zusammenarbeit" habe sich Hanoi ein Stationierungsrecht für seine Truppen zusichern und die anstehenden Grenzfragen für null und nichtig erklären lassen. Vietnam sei ein "Kettenhund" und "zuverlässiger Vorposten" sowie eine "strategische Basis" der Sowjetunion in Südostasien und im pazifischen Raum. Vietnam und Kuba seien "Zwillinge". China, das den vietnamesischen Vormachtbestrebungen entscheidende Hindernisse in den Weg lege, werde konsequenterweise als "Erzfeind" betrachtet. Die ASEAN-Staaten andererseits wolle man mit einer "Diplomatie des Lächelns" in eine "Zone des Friedens und der wirklichen Unabhängigkeit und Neutralität in Südostasien" hineinlocken - in ein Bündnis also, das nichts anderes sei als Teil des von der Sowjetunion seit 1969 verfolgten Plans des "Kollektiven Sicherheitssystems in Asien".

Der vietnamesische Drei-Punkte-Plan sei nicht umfassend genug, um das Kernproblem zu lösen. Vielmehr müsse Vietnam zuerst einmal seinen Aggressionskrieg in Kampuchea einstellen und seine Aggressionstruppen auf das eigene Territorium zurückziehen (55).

Auf getrennten Pressekonferenzen bezeichneten beide Seiten anschließend die Verhandlungen als ergebnislos. Der vietnamesische Vertreter Phan Hien zählt chinesische Grenzverletzungen zu Land, zu Wasser und zur Luft auf (56).

Die chinesische Seite blieb die Antwort nicht schuldig und veröffentlichte am selben Tag (57) ein vietnamesisches Grenzübergreif-Sündenregister.

Auch am nächsten Tag ging das gegenseitige Propagandafeuer weiter: Die chinesische Seite beschuldigte Vietnam des Versuchs, eine "Südostasiatische Föderation" zu schaffen. Zu diesem Zweck habe das Land Laos und Kampuchea besetzt und seine Truppen bis an die thailändische Grenze vorgeschoben. Die Schaffung einer "Indochinesischen Föderation" sei nur der erste Schritt. Letztlich komme es den Vietnamesen darauf an, insgesamt zehn Nationen zu einer vietnamesisch kontrollierten Einheit zusammenzuzwingen (Vietnam, Laos, Kampuchea, Birma, Thailand, Indonesien, Philippinen, Singapur, Malaysia und Sri Lanka). Am Ende möchte das Land gerne eine Fläche von 10 Mio.qkm mit 300 Millionen Menschen beherrschen. Diese Vorstellungen seien die "Blau-pause" für jene "Zone der wirklichen Unabhängigkeit, des Friedens und der Neutralität" ("ZOGIPAN"), die von China bereits öfters angegriffen wurde (58).

In einem anderen Artikel beschuldigt China die Vietnamesen, nun auch noch die letzten Hoa aus Vietnam zu vertreiben. Allein seit April 1979 hätten weitere 20.000 Hoa das Land verlassen müssen (59). Bei der Vertreibung machten die vietnamesischen Behörden obendrein noch schwunghafte Geschäfte: Jeder erwachsene Hoa, der das Land - gezwungenermaßen! - verlasse, müsse 1.000 Dong und jedes Kind 500 Dong zahlen. Die vietnamesischen Behörden seien z.T. sogar so weit gegangen, auf die "Flüchtlingsschiffe" Zeitbomben zu plazieren (60).

Die vietnamesische Propaganda umgekehrt wählte das Thema des "chinesischen Hegemonismus" und warb um Verständnis dafür, daß man sich dagegen verteidigen müsse. Anfang Mai gelangte ein vietna-

mesisches Dokument nach Bangkok, demzufolge inzwischen 12 Millionen Vietnamesen in Kampfeinheiten organisiert worden seien, um dem erneuten Aufleben eines chinesisch-vietnamesischen Militärkonflikts zu begegnen (61). Nhan Dan wies anlässlich des 25. Jahrestags des Sieges über die Franzosen in Dien Bien Phu am 6. Mai darauf hin, daß jeder neue chinesische Feldzug eine vernichtende Niederlage erleiden werde (62). In der vietnamesischen Presse machte vor allem die Bemerkung Deng Xiaopings gegenüber dem UNO-Generalsekretär Waldheim von der möglichen Wiederholung der Straflektion die Runde (63).

5. Die vierte Sitzung (12. Mai 1979 in Hanoi)

Es war gewiß kein Zufall, daß einen Tag vor der erneuten Plenarsitzung, nämlich am 11. Mai, der chinesische Vizeaußenminister Zhong Xidong bei einer Pressekonferenz in Peking bekanntgab, daß seine Regierung am 19. Mai die erste Gruppe vietnamesischer Kriegsgefangener freilassen wolle. China sei bereit, sämtliche Gefangenen zu repatriieren, verlange aber von der vietnamesischen Seite, daß diese im Gegenzug alle gefangenen Chinesen freilasse und repatriiere. Technisch solle der Vorgang über das Rote Kreuz beider Länder abgewickelt werden.

Der chinesische Sprecher wollte es sich auch nicht nehmen lassen, zu betonen, daß China die vietnamesischen Gefangenen gut pflege und daß es den Vertretern des Internationalen Roten Kreuzes sowie ausländischen Journalisten die Genehmigung erteilt habe, die Gefangenenlager zu inspizieren, während die vietnamesische Seite im Gegenzug entsprechende Gesten bisher abgelehnt habe.

Nhan Dan kommentierte dieses Angebot als Ausdruck chinesischer "Arroganz": Habe die vietnamesische Seite nicht bereits bei der ersten Verhandlungsrunde in ihrem Drei-Punkte-Vorschlag die Freilassung der Kriegsgefangenen vorgeschlagen - ein Ansinnen, das damals von der chinesischen Seite abgelehnt, nun aber, nach Wochen, plötzlich zu einem chinesischen Anliegen gemacht werde?! Von einer "einseitigen" Entscheidung der Chinesen könne unter diesen Umständen doch gewiß nicht die Rede sein! (64)

Der vietnamesische Vertreter Phan Hien wiederholte diese Argumentation bei der Sitzung, lenkte aber dann schließlich doch auf den chinesischen Vorschlag ein, allerdings mit der Maßgabe, daß die Übergabe der ersten Gefangenen noch nicht am 19., sondern - "aus technischen Gründen" - erst am 21. Mai erfolgen könne (65). Beide Seiten stimmten darin überein, daß das Rote Kreuz für den Austausch verantwortlich sein und daß die Aktion im Geiste der "Humanität" erfolgen solle.

Im übrigen aber war auch die vierte Runde ein Taubstummengespräch:

Der chinesische Vertreter hielt eine lange, dreiteilige Rede, in der er den chinesischen Rechtsstandpunkt zu den Grenzen im Südchinesischen Meer und im Golf von Tonkin darlegte (66). Der vietnamesisch-chinesische Konflikt könne nur ganzheitlich, d.h. auf der Grundlage des chinesischen Acht-Punkte-Plans, gelöst werden, weshalb auch die Grenzfrage genau erörtert werden müsse.

Der vietnamesische Vertreter andererseits wies

darauf hin, daß zunächst einmal die dringendsten Fragen behandelt werden müßten, wie sie in Punkt 1 des vietnamesischen Drei-Punkte-Vorschlags enthalten seien. Er schlage deshalb vor, daß bei der nächsten, der fünften, Sitzung zunächst einmal Punkt 1 des chinesischen Acht-Punkte-Plans und dann bei der sechsten Sitzung Punkt 1 des vietnamesischen Drei-Punkte-Plans behandelt werden sollten. Man könne doch nicht den zweiten vor dem ersten Schritt tun! (67).

Auf einer anschließenden Pressekonferenz führte Phan Hien aus, der chinesische Vertreter bezeichne immer wieder den vietnamesischen "Hegemonismus" als Hauptursache für die bilateralen Konflikte. In Wirklichkeit sei es aber doch der chinesische "Großmachthegegonismus", der die Konfrontation zwischen beiden Ländern so gefährlich zugespitzt habe (68).

6. Die fünfte Sitzung (18. Mai in Hanoi)

a) Vorspiel

Vorausgegangen waren auch diesmal wieder Vorwürfe des gegenseitigen militärischen Übergriffs (69). Radio Hanoi beschuldigte die "chinesischen Behörden" überdies, sie wollten die drei Länder in Indochina annektieren. Peking habe bereits bei der Genfer Konferenz von 1954 auf eine Teilung von Vietnam und Laos hingewirkt und es habe den französischen Kolonialisten in der Kambodscha-Frage das Zugeständnis gemacht, daß dem kambodschanischen Widerstand überhaupt kein Territorium eingeräumt wurde. Peking habe ferner 1956 bereits seine Marionetten, nämlich Pol Pot und Ieng Sary, dazu aufgefordert, zwischen den indochinesischen Völkern Zwietracht zu säen. 1967 habe China die beiden auch noch gegen Sihanouk aufgehetzt. Anfang der siebziger Jahre hätten die Chinesen die Einheitsfront zwischen den drei indochinesischen Völkern untergraben und versucht, die Sowjetunion als Helfer abzudrängen. 1971 habe China die Solidaritätskonferenz der drei indochinesischen Völker sabotiert.

Es gebe keine "Indochinesische Föderation", wohl aber eine Kampfgemeinschaft der "drei indochinesischen Völker". Während der letzten dreißig Jahre habe Vietnam dreimal Freiwillige nach Laos entsandt, um dort das laotische Volk zu unterstützen. Noch nach jedem Siege habe es seine Truppen sofort wieder zurückgezogen. Während des Anti-US-Kampfes habe es den kampucheanischen Streitkräften viermal militärisch geholfen. Als Prinz Sihanouk 1970 direkt durch die USA und indirekt durch die Chinesen gestürzt und Pol Pot an die Macht gekommen sei, entsandte Vietnam auf Bitten des kampucheanischen Volkes wiederum Truppen nach Kampuchea und half bei der Schaffung einer befreiten Zone für die kampucheanischen Revolutionäre. Vietnamesische Truppen seien auch beteiligt gewesen, als die kampucheanischen revolutionären Streitkräfte die mit Hilfe der USA gestarteten Feldzüge "Chenla 1 und 2" niederschlugen. Selbst beim historischen Kampf zur Befreiung Phnom Penhs im Jahre 1977 seien zahlreiche vietnamesische "internationale Kämpfer" beteiligt gewesen, die sich aber nach dem Sieg sofort wieder in ihre Heimat zurückgezogen hätten. Soweit gegenwärtig vietnamesische Truppen in Laos und Kampuchea stünden, folgten sie ausschließlich ent-

sprechenden Bitten der beiden Länder, die im Abwehrkampf gegen die "Pekinger Aggression" stünden (70).

In diesem aufschlußreichen Kommentar gibt Vietnam also die Anwesenheit eigener Truppen, die von chinesischer Seite auf je 50.000 in Laos und Kampuchea beziffert werden, offen zu!

Noch am Vorabend der fünften Runde gab das chinesische Rote Kreuz bekannt, daß am 21. Mai 120 verwundete und kranke vietnamesische Kriegsgefangene an das vietnamesische Rote Kreuz übergeben würden (71).

b) Die Verhandlungen

Der oben zitierte Angriff von Radio Hanoi traf die chinesische Seite offensichtlich ins Mark; denn Han Nianlong, der chinesische Vertreter, nahm die dort erhobenen Vorwürfe einer feindseligen chinesischen Politik während der fünfziger und sechziger Jahre ("antichinesische Hysterie!") zum Anlaß einer ausführlichen Verteidigung. Ferner warf er Vietnam vor, mit der Vertreibung der Hoa fortzufahren. Allein im April seien 20.000 Auslandschinesen aus Vietnam vertrieben worden (72). Außerdem habe Vietnam während der Verhandlungen den Sowjets weitere Rechte in Cam Ranh und in Da-Nang eingeräumt. Im gleichen Zusammenhang erklärte Han, daß die "erste Runde" der Verhandlungen kein Ergebnis gebracht habe (Pressekonferenz vom 22. Mai). (73)

Der vietnamesische Vertreter meinte, man solle nicht dauernd aneinander vorbeireden. Er schlage vor, daß künftig in der einen Sitzung die Probleme aufgeworfen und dann in der nächsten eine Diskussion zu diesen Problemen geführt werden solle (74).

Beide Seiten machten sich gegenseitig für den Mangel an Fortschritten verantwortlich. Han Nianlong schlug außerdem vor, die nächste Verhandlungsrunde in Peking stattfinden zu lassen, und kündigte seine baldige Abreise aus Hanoi an. Nhan Dan bezeichnete diese Ankündigung als "einseitigen" Abbruch der Verhandlungen und beschwerte sich überdies über den "eigenartigen Verhandlungsstil der Chinesen": Es sei ihnen bei den Gesprächen nicht um "Verhandlungen", sondern um einseitige Erklärungen gegangen. Sie hätten sich auf langatmige Reden festgelegt und gleichzeitig die Diskussion konkreter Fakten verweigert (75).

c) Erster Gefangenaustausch

Am 21. Mai kam es dann, trotz des Verhandlungsstillstandes, zu dem vereinbarten Austausch der ersten Kriegsgefangenen: Die Chinesen lieferten - am "Freundschaftspaß" - 120, die Vietnamesen 43 Kriegsgefangene - meist auf Tragbahnen - aus. Wie vereinbart, wurde dieser Vorgang durch die Rote-Kreuz-Gesellschaften beider Länder organisiert. Als Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes in Genf war auf Einladung Pekings Dominique Borel anwesend (76). Im Anschluß kam es zu weiteren Konsultationsgesprächen zwischen den beiden Rote-Kreuz-Delegationen. Diese Gespräche sollen künftig abwechselnd auf vietnamesischer und auf chinesischer Seite stattfinden (77). Dabei kam man überein, die nächste Gruppe von Gefangenen am 28. Mai auszutauschen.

d) Neue Polemik

Am selben Tag beschuldigte Radio Hanoi die Chinesen, bei der Gründung einer "Laotischen Sozialistischen Partei" beteiligt gewesen zu sein, die über den "illegalen Rundfunk" des Pol-Pot-Regimes am 18. Mai bekanntgegeben wurde. Diese neue Partei sei mit Hilfe Pekings zum Zweck des Sturzes der gegenwärtigen laotischen Regierung aufgebaut worden (78). Damit fahre China in einer schon seit langem etablierten Politik fort: Es habe die Subversion in Indonesien 1965 mitinszeniert, habe hinter der Insurgency in Malaysia "im Jahre 1968" (gemeint ist wohl 1969!) gestanden und arbeite am Sturz der Regierungen in Birma und Thailand sowie an Unruhen in Indien mit. Wenn die Chinesen schon so engagiert gegen den "Hegemonismus" einträten, warum wendeten sie sich dann nicht gegen die "US-Hegemonie über Taiwan", gegen die Briten in Hongkong und gegen die Herrschaft Portugals über Macao? Warum nehmen sie stillschweigend die Stationierung amerikanischer Truppen in Japan und Südkorea hin? (79)

e) Zweiter Gefangenen austausch

Am 26. Mai vereinbarten die beiden Rote-Kreuz-Delegationen bei ihrer zweiten Gesprächsrunde den Austausch sämtlicher Gefangener. Bei der Zusammenkunft übergaben die Chinesen der vietnamesischen Seite eine Liste aller 1.638 gefangenen vietnamesischen Armeeangehörigen, darunter die der ersten Gruppe von 120 verwundeten und kranken Gefangenen, die der vietnamesischen Seite bereits am 21. Mai übergeben worden waren. Die fünfte und letzte Gruppe der Gefangenen soll am 22. Juni ausgetauscht werden.

Die vietnamesische Seite übergab den Chinesen umgekehrt eine Liste mit den Namen von 240 chinesischen Gefangenen (80).

Noch ehe die fünf Termine für diesen Austausch abgewickelt sind, soll nach vietnamesischen Vorstellungen eine erneute Verhandlungsrunde auf Vizeaußenminister-Ebene beginnen, und zwar am 15. Juni in Peking.

B. DIE FÜNF GROSSEN BILATERALEN

VERHANDLUNGSTHEMEN

Zwei Gruppen von politischen Problemen sind es, die das Feuer der Feindschaft zwischen China und Vietnam entfacht haben und die es am Lodern halten, nämlich multilaterale und bilaterale Streitfragen.

Die ersteren ergeben sich aus dem allgemeinen, den Interessen Chinas widersprechendem Außenverhalten Vietnams seit 1975, nämlich aus der engen militärisch-wirtschaftlichen Anbindung Hanois an die Sowjetunion, die sich u.a. im COMECON-Beitritt äußert, und aus der Besetzung von Laos und Kambodscha. Die hier einschlägigen Fragen wurden bereits an anderer Stelle (81) erläutert.

Im vorliegenden Zusammenhang sollen nur die fünf großen Streitfragen von typisch bilateralem

Charakter zur Sprache kommen, die auch die Thematik der gerade abgelaufenen fünften Verhandlungsrunde ausgemacht haben und die wohl auch die voraussehbare sechste Verhandlungsrunde zwischen beiden Staaten bestimmen werden.

I. Die chinesisch-vietnamesische Landgrenze

CHINA aktuell hat dieser Problematik bereits eine ausführliche Analyse gewidmet (82).

Da die Grenzfrage bei den laufenden Verhandlungen jedoch so ausführlich behandelt wurde, sollen hier die wichtigsten Argumente noch einmal Revue passieren.

Bei den obenerwähnten chinesisch-vietnamesischen Grenzgesprächen von 1977 und 1978 hatte die vietnamesische Seite am 12. Januar 1978 - und zwar beim elften Treffen der Verhandlungsrunde - den Entwurf eines Grenzabkommens vorgelegt, der im Anhang abgedruckt ist.

Die chinesische Seite hatte sich jedoch geweigert, diesen Entwurf zu akzeptieren, und brachte im Gegenzug beim zwölften Treffen am 24. Januar 1978 einen Neun-Punkte-Vorschlag zur Diskussion, der folgende Einzelheiten umfaßte:

1. Beide Seiten sollten die gemeinsame chinesisch-vietnamesische Grenze auf der Basis der Grenzkonvention von 1887 und der Grenzzusatzkonvention von 1895 überprüfen und gleichzeitig Landkarten im Maßstab von 1:100.000 austauschen.
2. Interpretationsdifferenzen sollten durch freundschaftliche Diskussionen gelöst werden.
3. Sollte ein Land Hoheitsfunktionen über Gebiete ausüben, die jenseits der Linie von 1887/95 liegen, so ist dieses Gebiet an die andere Seite zurückzugeben, wobei auf die davon betroffenen Einwohner Rücksicht zu nehmen ist.
4. Wo die Grenze durch Flüsse gebildet wird, soll die Grenzlinie bei schiffbaren Flüssen entlang dem Hauptkanal und bei unschiffbaren Flüssen entlang dem Talweg verlaufen. Nach diesem Liniensystem soll sich auch die Zugehörigkeit der Inseln und Sandbänke in den betreffenden Flüssen bestimmen. Bei Brücken liegt die Grenze in der Brückenmitte.
5. Nach Inspizierung der gesamten Grenzlinie und Festlegung der konkreten Verlaufsinterpretationen sollen die Delegationen gemeinsam einen Grenzvertrag ausarbeiten, der durch Bevollmächtigte beider Länder zu unterzeichnen ist.
6. Nach dem Abschluß dieses chinesisch-vietnamesischen Grenzvertrags solle eine gemeinsame Grenzkommission errichtet werden, in der Repräsentanten beider Länder in gleicher Zahl vertreten sein sollen. Auf der Basis des Vertrags solle die gemeinsame Kommission dann die Grenzlinie abschreiten, neue Grenzsteine setzen, das Eigentum an Inseln und Sandbänken in Grenzflüssen festlegen und einschlägige Fragen regeln. Zum Abschluß solle dann ein Grenzprotokoll ausgearbeitet und ein Kartenwerk über die Grenzlinie erstellt werden.
7. Nach Inkrafttreten des Grenzvertrags solle die gemeinsame Kommission die Modalitäten des Austausches von Gebieten erarbeiten.

8. Nach Inkrafttreten des Grenzvertrags sollen beide Seiten ihren jeweiligen Einwohnern verbieten, fortan die Gebiete auf der anderen Seite zu bewirtschaften. Während der Übergangszeit könne man allerdings die Erntearbeiten noch dulden.

9. Bis zum Inkrafttreten des Grenzabkommens sollen sich beide Seiten an Vereinbarungen halten, wie sie bei Gesprächen zwischen den Grenzprovinzen Chinas und Vietnams getroffen und später durch den Briefaustausch der ZKs beider Länder gebilligt wurden (83).

Die vietnamesische Seite ging detailliert auf diesen chinesischen Vorschlag ein und stimmte den Punkten 3 (Rückgabe), 5 (Abschluß eines Grenzvertrags), 6 (gemeinsame Grenzkommission), 7 (auszuführende Grenzkorrekturen), 8 (Umsiedlung bzw. Verbleiben der Bevölkerung) und 9 (Status-quo-Regelung aufgrund der ZK-Briefe von 1957 und 1958) im wesentlichen zu (84).

Zu Differenzen kam es lediglich in den Punkten 1, 2 und 4.

- Zu Punkt 4: Die Flußgrenzen seien in den Abkommen von 1887/95 bereits genau festgelegt worden. Das Mitte-Prinzip (Hauptkanal bei schiffbaren Flüssen oder Talweg bei unschiffbaren Flußläufen) sei damals nur an einzelnen Stellen vereinbart worden. Die chinesische Seite aber wolle dieses Mitte-Prinzip - zu ihrem Vorteil - nun auf sämtliche Flüsse angewendet wissen, die ja immerhin rund ein Drittel des gesamten Grenzverlaufs ausmachten.

- Zu Punkt 1 und 2: Vietnam betrachte den Grenzverlauf als im wesentlichen geregelt. Unklarheiten ergäben sich nur an ganz wenigen Stellen. Im Gegensatz dazu unterstelle die chinesische Seite offensichtlich zahlreiche Unklarheiten, die "Probleme mit sich brächten". Die chinesische Seite möge die Karten offen auf den Tisch legen und klarstellen, wie weit sie hier gehen wolle. Im übrigen möge sie die Originale der Verträge von 1887 und 1895 vorlegen. Sie befänden sich sowohl in den Archiven der französischen Regierung als auch der Qing-Regierung. Hanoi selbst besitze nur Kopien. Man möge hier doch bitte alle Unklarheiten durch Vorlage der Originaltexte und Originalkarten beseitigen (85).

Die chinesische Seite, schon damals vertreten durch den stellvertretenden Außenminister Han Nianlong, weigerte sich, auf die vietnamesische Einlassung einzugehen, und bestand darauf, daß Chinas Neun-Punkte-Vorschlag diskutiert werde. Der vietnamesische Vertreter warf daraufhin den Chinesen vor, sie wollten mit ihrem Neun-Punkte-Vorschlag "die historische Grenzlinie ändern" (86). Im Gegensatz dazu legt Peking Wert auf die Feststellung, daß es die Grenzen keineswegs "verändern", sondern - mit Hilfe der Konventionen von 1887/95 in der einen und den historischen Karten in der anderen Hand - den klaren Verlauf lediglich millimetergenau identifizieren wolle.

Die chinesische Haltung hing damit zusammen, daß man zum einen den Vietnamesen vorwarf, sie hätten an der 1.347 km langen chinesisch-vietnamesischen Grenze seit 1974 zahlreiche Grenzsteine versetzt; zum anderen spielte hier auch die Golf-Frage herein, in der die Vietnamesen ebenfalls eine hartnäckige Status-quo-Haltung zeigten (87).

II. Die chinesisch-vietnamesische Grenze im Golf von Tonkin

Verhandlungen über die Grenzziehung im Golf von Tonkin haben zwischen Hanoi und Peking bereits im August 1974 stattgefunden, und zwar auf der Ebene stellvertretender Außenminister. Im Oktober 1977 kam es zwischen beiden Seiten erneut zur Diskussion dieser Abgrenzungsfrage. Beide Besprechungen blieben ohne Ergebnis. Der Grund liegt aus chinesischer Sicht darin, daß die vietnamesische Seite die historische Ausgangslage verdrehe: Noch im Dezember 1973 habe ein vietnamesischer stellvertretender Außenminister klar festgestellt, daß "der Golf von Tonkin zwischen unseren beiden Ländern noch nicht geteilt worden ist, da Vietnam sich die ganze Zeit im Krieg befunden hat". Als aber die obenerwähnten Verhandlungen im August 1974 begannen, habe sich die vietnamesische Seite plötzlich eines anderen besonnen und festgestellt, daß die Grenzen im Golf von Tonkin schon vor langer Zeit gezogen worden seien, nämlich in der chinesisch-französischen Konvention von 1887 (88).

China gehe zwar, genauso wie Vietnam, davon aus, daß die Konvention von 1887 nach wie vor maßgebend sei; doch teile der 108. Längengrad nicht etwa das Golfgebiet als solches, sondern ziehe nur eine Abgrenzungslinie für die diesseits und jenseits der Linie gelegenen Inseln. Es handle sich hier also nur um eine Insel-Zuweisungsvereinbarung, nicht um Festlegung einer maritimen Grenze zwischen beiden Ländern im Golf von Tonkin. Im übrigen tauche der (Vietnam begünstigende) Terminus "Golf von Tonkin" in der Konvention kein einziges Mal auf. Außerdem hätten die Parteien am Ende des 19. Jahrhunderts, als die "Doktrin der Freiheit der Meere" auf ihrem Höhepunkt war, gar nicht daran gedacht, Territorialgrenzen bis tief hinein in den Golf von Tonkin zu ziehen. Angesichts dieser geschichtlich bedingten Hintergründe wirke die vietnamesische Interpretation von einer maritimen Seeabgrenzung geradezu "phantastisch" (89). Außerdem nehme sich auch das vietnamesische Argument merkwürdig aus, daß die vietnamesische/französische Seite seit nahezu hundert Jahren die Jurisdiktion über die vietnamesische "Hälfte" ausübe. Es sei doch bekannt, daß sowohl die chinesischen als auch die französisch-kolonialen Behörden im Hinblick auf die Seegrenze sich immer an die Drei-Meilen-Zone gehalten hätten. Die chinesische Regierung habe sich im September 1958 für die Zwölf-Meilen-Zone entschieden. Über diesen Bereich hinaus habe selbst China nie die Jurisdiktion ausgeübt. Im September 1964 habe sich auch die vietnamesische Regierung für die Zwölf-Meilen-Zone ausgesprochen und eine entsprechende Seekarte mitgeliefert.

In der Zwischenzeit habe man sich aber den Sachverhalt in Hanoi wohl wieder anders überlegt. Die neuen vietnamesischen Behauptungen widersprächen sowohl dem Völkerrecht als auch früheren vietnamesischen Einlassungen. Und dann noch etwas: Habe Vietnam bisher eigentlich um Erlaubnis gebeten werden müssen, wenn ein Schiff im Bereich der von Vietnam behaupteten "Seegrenze" fahren wollte? Die "Seegrenze" sei nach alledem wohl nur ein vietnamesisches "Hirngespinnst" (90). Von einer Teilung des Golfes von Tonkin könne m.a.W. keine Rede sein. Hier handle es sich um eine in Zukunft auf dem Verhandlungsweg zu lösende Frage.

Nach Beendigung des Krieges zwischen Nord- und Südvietnam im Jahre 1975 habe die chinesische Seite den Vietnamesen Grenzverhandlungen vorgeschlagen. Man sei jedoch zu keiner Einigung gekommen, bis zu jenem Termin im Juni 1977, als der stellvertretende Ministerpräsident Li Xiannian persönlich bei Premier Pham Van Dong in dieser Frage vorstellig wurde. Grenzverhandlungen begannen daraufhin in Peking im Oktober 1977.

Bei diesen Verhandlungen machte China einen Fünf-Punkte-Vorschlag:

- Maßgebend für die Abgrenzung im Golfgebiet sollten die chinesisch-französischen Grenzabkommen aus dem 19. Jahrhundert sein.
- Soweit eine Seite Hoheitsrechte über ein Gebiet ausübt, das jenseits dieser historischen Linie liege, solle dieses Areal der anderen Seite ohne Bedingungen zurückgegeben werden.
- Kleinere Differenzen in der Grenzfrage sollten durch freundschaftliche Konsultationen entschieden werden.
- Anstelle des chinesisch-französischen Grenzabkommens aus dem 19. Jahrhundert solle sodann ein neues chinesisch-vietnamesisches Abkommen geschlossen werden. Die vietnamesische Seite habe diese vernünftigen Vorschläge jedoch abgelehnt, und zwar mit dem Hinweis, daß die Grenze schon seit langem festgelegt worden sei.

Zusammenfassend: Bei den Streitigkeiten um die Grenzziehung im Golf von Tonkin ist beiden Seiten gemeinsam, daß sie die zwischen der Qing-Dynastie und der französischen Kolonialregierung im Jahre 1887 vereinbarte "Konvention" nach wie vor für verbindlich halten.

Sie unterscheiden sich jedoch vor allem in drei Punkten:

- Vietnam betrachtet die in der Konvention von 1887 vereinbarte Abgrenzungslinie des 108. Längengrads als maritime Grenze, während Peking diese Abgrenzung nur auf die beiderseits liegenden Inseln, nicht jedoch auf das gesamte Seegebiet bezogen sehen will.
- Für Vietnam ist die maritime Grenze bereits 1887 verbindlich gezogen worden, während Peking davon ausgeht, daß die Grenze noch keineswegs gezogen, sondern erst noch - und zwar aufgrund von Konsultationen - in Zukunft zu ziehen sei.
- Schließlich geht Peking davon aus, daß das gesamte Seegebiet des Golfs von Tonkin, mit Ausnahme der vietnamesischen Zwölf-Seemeilen-Zone, zur VR China gehört.

III. Der chinesisch-vietnamesische Streit um die Inseln im Südchinesischen Meer

China beansprucht als alleiniges Eigentum die Xisha- und die Nansha-Inseln im Südchinesischen Meer. Maßgebend hierfür seien die Verträge zwischen der Qing-Dynastie und der französischen Kolonialregierung aus den Jahren 1887 und 1895. Durch Briefwechsel zwischen Peking und Hanoi seien beide Seiten

bereits in den Jahren 1957 und 1958 darin übereingekommen, daß diese alten Verträge grundsätzlich strikt eingehalten werden sollen.

Die Xisha- und Nansha-Inseln seien immer schon chinesisches Territorium gewesen - eine Tatsache, die Hanoi stets respektiert habe. Bereits am 15. Juli 1956 z.B. habe ein vietnamesischer stellvertretender Außenminister festgestellt, daß diese Inseln "geschichtlich" zu China gehören. Am 4. September 1958 habe die chinesische Regierung in einem Statement über die Territorialgewässer-Frage erklärt, daß hierzu auch die Dongsha-, die Xisha- (Paracel-), die Zhongsha- und die Nansha- (Spratley-) Inseln gehörten (s. Karte). Am 14. September 1958 habe der vietnamesische Ministerpräsident Pham Van Dong in einer Note an Premier Zhou Enlai festgestellt, daß die "Regierung der DRV das Statement über die chinesischen Territorialgewässer vom 4. September 1958 anerkenne". In einer Erklärung vom 9. Mai 1965 habe die vietnamesische Regierung diesen Standpunkt nochmals wiederholt. Diese Erklärung wurde dadurch veranlaßt, daß der damalige US-Präsident, Lyndon Johnson, nicht nur das gesamte Gebiet von Vietnam, sondern auch die vietnamesische Küste bis 100 Meilen vom Festland entfernt zur "combat-zone" der US-Truppen erklärt hatte.

Erst nach 1974 seien die vietnamesischen Behörden dann von dieser klaren Haltung abgerückt - und zwar unter dem Einfluß der Moskauer "Hegemonisten".

Hanoi geht demgegenüber vom vietnamesischen Alleinanspruch auf die Spratleys und Paracels ("Hoang-sa") aus (Näheres davon im Memorandum vom 15.3.1979, s. A/II/1).

IV. Der Eisenbahnstreit

Vietnam und China werden durch zwei Eisenbahnlinien miteinander verbunden, deren eine von der vietnamesischen Provinz Lao Cai zur chinesischen Provinz Yunnan, deren andere über die nordöstliche Provinz Lang Son zur Autonomen Region Guangxi verläuft. Die wichtigere der beiden Trassen, nämlich die über Lang Son, überschreitet die beiderseitige Grenze am Youyi guan ("Freundschaftspäß"). Die Strecke verbindet Nanning in Guangxi mit Hanoi. Sie besteht erst seit 1955. Im Dezember 1954 wurde zunächst die Eisenbahnlinie von Hanoi nach Dong Dang (nahe der Provinzhauptstadt Lang Son) hergestellt, und zwar mit chinesischer Hilfe. Anfang 1955 erstellten dann die Chinesen das restliche Verbindungsstück zwischen dem chinesischen Munan-Paß und Dong Dang, so daß die Gesamtstrecke Nanning-Hanoi am 1. März 1955 offiziell dem Verkehr übergeben werden konnte.

Die Chinesen hatten hier schnelle Arbeit geleistet; denn erst am 24. Dezember 1954 war das Protokoll für den Wiederaufbau der Eisenbahnen in der DRV geschlossen worden, für dessen Erfüllung China immerhin über 26 Mio.RMB bereitstellte (91).

Schon zwei Monate nach Eröffnung wurde auch das erste sino-vietnamesische Eisenbahn-Abkommen zwischen den beiden zuständigen Ministerien geschlossen, und zwar am 25. Mai 1955 in Peking (92).

Zu weiteren entsprechenden Protokollen kam es im Jahre 1958 (93).

Während des Zweiten Indochinakriegs gingen durch das Nadelöhr dieser Eisenbahnverbindung riesige Mengen chinesischer Hilfsgüter in Form von Petroleum, Kohle, Landwirtschaftsmaschinen, Waffen, militärischen Ausrüstungen, Lastwagen etc. nach Vietnam. Allein zwischen 1971 und 1975 wurden nach chinesischen Angaben (94) 6 Mio.t Material auf diesem Wege befördert. Der damalige nordvietnamesische Präsident Ton Duc Thang zeichnete am 13. Juli 1973 die Eisenbahnstation Pingxiang (im chinesischen Guangxi) mit dem Verdienstorden 1. Klasse für hervorragende Leistungen aus. Solange Vietnam und China miteinander in Freundschaft lebten, klappte auch der 24-Stunden-Reparaturdienst an der Strecke.

1976 - also nur ein Jahr nach dem "Schicksalsjahr 1975" - kam es in der Reparaturfrage jedoch zu ersten Reibereien. Nach chinesischer Darstellung wollten die chinesischen Reparaturtrupps im Juli 1976 eine Stelle an der Eisenbahnverbindung ausbessern, die etwa 300 m von der chinesisch-vietnamesischen Nahtstelle in Richtung Vietnam lag. Der Reparaturtrupp sei jedoch von vietnamesischen Sicherheitskräften an der Arbeit gehindert worden. Die Vietamesen hätten auch Sand, Kies und anderes Material, das von den Chinesen bereitgestellt worden sei, zweckentfremdet und einplaniert.

Im April 1977 seien die Schäden so schlimm geworden, daß nach chinesischer Auffassung die Reparaturen nicht mehr länger verschiebbar waren. In diesem Sinne habe man die vietnamesische Seite informiert. Am 30. April hätten jedoch die Vietnamesen zwei Waggonladungen von inzwischen bereitgestelltem Reparaturmaterial einfach weggeschüttet und auch Gräben wieder aufgefüllt, die von den Chinesen einen Tag zuvor gezogen worden waren. Am 4. Mai schließlich tauchten 500 Mann Sicherheitspersonal auf, die die Chinesen an weiteren Reparaturarbeiten hinderten und sie mit Steinen bewarfen (95). Am 22. Dezember 1978 schließlich informierte die Auslandsabteilung des chinesischen Eisenbahnministeriums das vietnamesische Eisenbahnministerium darüber, daß die chinesische Seite den Zugservice sowohl für Passagiere als auch für Güter von und nach Vietnam wegen der schweren Schäden am Bahndamm vorübergehend einstellen müsse. Es sei unverständlich, wieso sich die vietnamesischen Behörden in Reparaturarbeiten auf einem Teilstück einmischten, das vertragsgemäß von den Chinesen zu unterhalten sei.

Die vietnamesische Seite machte demgegenüber geltend, daß China in Verfolgung seiner schon damals sichtbaren "Politik der territorialen Expansion gegen Vietnam" im Jahre 1955 anlässlich der Streckenherstellung den Verbindungspunkt absichtlich mehr als 300 m über die "historische Grenzlinie" hinaus in vietnamesisches Territorium hineinverlegt habe. Das vietnamesische Außenministerium habe die chinesische Seite am 31. Dezember 1974 gebeten, den Verbindungspunkt doch wieder zurück zur "historischen Grenzlinie" zu legen. Die Chinesen freilich hätten dieses Ansinnen mit dem Hinweis zurückgewiesen, man solle mit der Lösung dieses Problems auf die späteren Grenzverhandlungen zwischen beiden Regierungen warten.

Bei den Reparaturarbeiten im Juni und Juli 1976 habe China dann die günstige Gelegenheit genutzt, um die auf vietnamesischem Territorium verlaufende Strecke technisch der chinesischen Linie anzugleichen

und damit vollendete Grenztatsachen zu schaffen (dazu muß man wissen, daß die Spurweite der chinesischen Bahnen 1435 mm, diejenige der vietnamesischen Bahnen dagegen 1000 mm beträgt).

Am 11. April 1978 habe China anlässlich der 20. Konferenz über Reparaturarbeiten an der Eisenbahngrenzlinie gefordert, Ausbesserungen an dem umstrittenen Teilstück vornehmen zu dürfen. Vietnam habe dieser Bitte entsprochen, allerdings mit der Einschränkung, daß keine technischen Veränderungen getroffen werden dürften. Daraufhin habe die chinesische Seite das ganze Jahr 1978 hindurch auf jegliche Reparatur verzichtet. Gleichwohl sei der internationale Zugverkehr normal weitergelaufen - eben bis zu jenem 22. Dezember 1978, als China einseitig den Verkehr einstellte (96).

Xinhua (97) macht demgegenüber geltend, daß seit dem 1. Dezember 1978 bewaffnete vietnamesische Einheiten siebzehnmal an der Eisenbahnverbindungslinie aufgetaucht seien und dort das chinesische Personal provoziert hätten. Schon vorher hätten 500 Soldaten die chinesischen Eisenbahnarbeiter angegriffen und beispielsweise am 4. Mai 1977 nicht weniger als 51 chinesische Arbeiter verwundet (98).

V. Die Hoa-Frage

Von den rund 48 Millionen Einwohnern Vietnams waren bis 1977 etwa eine Million Chinesen, die vornehmlich in den größeren Städten, vor allem im früheren Saigon und seinen Vororten, lebten.

Als im Frühjahr 1978 die Verstaatlichung der Kleinindustrie sowie des Handels in Südvietnam einsetzten, begann eine Massenflucht der Hoa, die bis Mitte 1979 rund 200.000 Auslandschinesen in die VR China und mehrere Zehntausend von ihnen nach Südostasien, ja teilweise bis Europa führte. Peking warf daraufhin den Vietnamesen vor, sie griffen zu Mitteln der Verleumdung (Hoa als "Fünfte Kolonie" Pekings), der Vertreibung und zur Übernahme der vietnamesischen Staatsangehörigkeit, z.T. auch gegen den Willen der Betroffenen. Außerdem würden die Hoa heutzutage genauso wie zur Zeit der Diem-Clique "diskriminiert". Diem hatte während seiner Herrschaft in Südvietnam (1955-1963) die dort lebenden Auslandschinesen aufgefordert, ihre Aufenthaltserlaubnis gegen eine neue einzutauschen. Die neue Erlaubnis implizierte die Annahme der vietnamesischen Staatsbürgerschaft. Dasselbe ereignete sich zwanzig Jahre später, als die vietnamesischen Behörden im Februar 1977 von den Hoa verlangten, Formulare ohne die Angabe der Nationalität bzw. Staatsbürgerschaft auszufüllen, um sie damit unter der Hand zu "vietnamisieren".

Diem hatte seinerzeit den Chinesen das Betreiben einer Reihe von Handelsbranchen verboten und ihnen den Erwerb von Immobilien untersagt, falls sie sich weigerten, die vietnamesische Staatsangehörigkeit anzunehmen. Seit 1977 gingen die vietnamesischen Behörden in ähnlicher Weise dazu über, allen Hoa, die nicht freiwillig die vietnamesische Staatsangehörigkeit annehmen wollten, die Wohnberechtigung zu entziehen, die Getreideration zu reduzieren, Berufsverbote zu erteilen und höhere Steuerbelastun-

gen anzusetzen. Dadurch sei, wie Xinhua (99) behauptet, die Massenflucht der Hoa ausgelöst worden.

Hanoi umgekehrt beschuldigte die Chinesen, die Flucht der Hoa provoziert und damit einen Vorwand geschaffen zu haben, Vietnam in innen- und außenpolitische Schwierigkeiten zu stürzen (100). Die chinesischen Behörden gingen dabei so weit, daß sie das Massenelend der Flüchtlinge zynisch auf die Mühlen ihrer Propaganda lenkten. So seien beispielsweise Flüchtlinge, die durch den Grenzfluß wateten, von chinesischen Kameraleuten aufgefordert worden, ihre Habseligkeiten beiseitezulegen und nochmals zurück ins Tiefe zu gehen, um so den Eindruck zu erwecken, daß die vietnamesischen Behörden den Hoa das Letzte weggenommen hätten, ehe sie verjagt wurden (101).

Im Juni 1978 schickte China Schiffe, mit denen die auswanderungswilligen Hoa nach China gebracht werden sollten. Sie mußten jedoch außerhalb der vietnamesischen Hoheitsgewässer auf der Höhe von Ho-Chi-Minh-Stadt (Saigon) und Haiphong vor Anker gehen. Erst nach Tagen erhielten sie die Erlaubnis zum Einlaufen und zur Übernahme der Flüchtlinge. Als der Flüchtlingsstrom jedoch auf Zehntausende answoll, entschloß sich Peking am 12. Juli 1978, den Flüchtlingsstrom ins eigene Land zu bremsen. Nur noch solche Huaqiao seien zur Rückkehr nach China berechtigt, die Einreisepapiere von der chinesischen Botschaft in Hanoi und ein Ausreisevisum der vietnamesischen Behörden vorweisen könnten. Damit kam es zu einem Stau von rund 5.000 chinesischen Flüchtlingen im vietnamesischen Grenzterritorium, vor allem vor dem Haupttor Vietnams nach China, dem sogenannten "Freundschaftspaß" (Youyi guan).

Damit waren die Grenzzwischenfälle gleichsam vorprogrammiert. Immer wieder kam es nun zu Zusammenstößen zwischen vietnamesischen Truppen und Sicherheitseinheiten einerseits und den Flüchtlingen andererseits. Höhepunkt wurde der "Zwischenfall vom 25. August" (1978), in dessen Verlauf vietnamesische Einheiten rund 2.500 Auslandschinesen über die Grenze nach China vertrieben, nachdem sie zuerst einige getötet und die anderen ihrer Habseligkeiten beraubt hatten (102).

Am 8. August kam es zu sino-vietnamesischen Verhandlungen auf Vizeminister-Ebene, die im August (8., 15., 19. und 26.8.) und im September je viermal stattfanden (7., 12., 19. und 26. September), ehe sie am 26. September von seiten der Chinesen einseitig abgebrochen wurden, und zwar mit der Begründung, daß eine weitere Verhandlung angesichts der Abneigung Hanois, zu einem ehrlichen Verhandlungsergebnis zu kommen, sinnlos sei (103).

Während der ganzen Verhandlungsdauer kam es zu gegenseitigen militärischen Übergriffen. Die Verhandlungen wurden erschwert durch die Verschärfung der Kampuchea- und Laos-Frage, durch Einstellung des Eisenbahnverkehrs zwischen Vietnam und China, durch immer stärkere Annäherung Vietnams an die Sowjetunion und durch die gegenseitige antichinesische bzw. antivietnamesische Propaganda, die beiderseits schrillste Töne annahm.

Durch das sich nun rapide verschlechternde Klima kamen auch die sino-vietnamesischen Grenzgespräche zum Erliegen, die 1977 begonnen hatten und deren 17. und letztes Treffen am 17. Juli in Hanoi stattfand (104). China warf den Vietnamesen u.a. vor, eine "Doppeltaktik" zu verfolgen: "Verhandlungen überdecken Gewaltakte; Gewaltakte ersetzen Verhandlungen" (105).

Trotzdem hatte sich die neue - zweite - Verhandlungsrunde über immerhin acht Sitzungen hingezogen. Die wichtigsten Verhandlungspunkte:

Der chinesische Vertreter, Zhong Xidong, gab bei der ersten Sitzung am 8. August eine umfassende Darstellung des chinesischen Standpunkts: China und Vietnam seien geographisch Nachbarn, seien beide Opfer des Kolonialismus gewesen, hätten bei ihrer Befreiung Schulter an Schulter gekämpft, hätten vor allem gemeinsam den US-Imperialismus in die Knie gezwungen und hätten in Gestalt der historischen Freundschaft Mao Zedong - Ho Chi Minh ein enges Verhältnis zueinander gefunden.

Aus historischen Gründen lebten in Nord- und Südvietnam über eine Million Chinesen. Deshalb hätten die beiden ZKs im Jahre 1955 ihre Ansichten über Fragen der Staatsangehörigkeit sowie über Rechte und Pflichten der Hoa in Vietnam ausgetauscht und sich auf weitere Konsultationen in diesem Bereich geeinigt. Was die Hoa in Nordvietnam anbelange, so sollten sie mit den Vietnamesen gleichbehandelt und zugleich durch ideologische Erziehung und Überredung dazu angeleitet werden, nach und nach die vietnamesische Staatsangehörigkeit anzunehmen. Was die Hoa in Südvietnam betreffe, so sollten hier Konsultationen zwischen beiden Ländern nach der Befreiung Südviets geföhrt werden. China habe sich stets an dieses Abkommen gehalten. Es lasse sich in seiner Huaqiao-Politik von vier Gesichtspunkten leiten, wie sie Zhou Enlai bereits bei der Bandung-Konferenz 1955 erläutert habe, nämlich

- China lehnt grundsätzlich eine Doppelstaatsangehörigkeit ab.
- Es ermutigt deshalb die im Ausland lebenden Chinesen, nach dem Prinzip der Freiwilligkeit die Staatsangehörigkeit ihrer Aufenthaltsländer anzunehmen.
- Chinesen, die bereits Staatsangehörige eines anderen Landes geworden sind, verlieren alle Rechte als chinesische Bürger.
- Soweit Huaqiao jedoch die chinesische Staatsangehörigkeit beibehalten wollen, würden sie von der chinesischen Regierung dazu angehalten, aufs genaueste die Gesetze und Gebräuche ihrer Aufenthaltsländer einzuhalten (106).

Auch Vietnam habe sich, vor allem zu Lebzeiten Ho Chi Minhs, an das Abkommen von 1955 gehalten, und zwar bis zum Jahre 1975, als Südvietnam erobert wurde.

Während dieser zwanzig Jahre habe China auch immer wieder Repressionen gegen die Hoa in Südvietnam verurteilt. Als der südvietnamesische Präsident Diem im August 1956 Vorschriften veranlaßte, die Südviets Hoa zur Annahme der vietnamesischen Nationalität zwingen sollten, erließ die Überseechinesen-Kommission des chinesischen Staatsrats im Mai 1957 eine Erklärung, in der gegen diese südvietnamesische Maßnahme scharf protestiert wurde. Hanoi schloß sich diesem Protest damals an. Auch die südvietnamesische Nationale Befreiungsfront applaudierte den chinesischen Ansichten in den Jahren 1960, 1964, 1965 und 1968.

Erst 1975 vollzog die Regierung in Hanoi dann eine Wende, die darauf zurückzuführen war, daß man sich inzwischen der Sowjetunion zugewandt habe. Im Februar 1976 erging ein Beschluß, demzufolge alle Hoa in Südvietnam sich als Vietnamesen registrieren

lassen sollten. Gleichzeitig habe eine Diskriminierungspolitik gegen die Hoa begonnen. Anfang 1977 seien die Vietnamesen dazu übergegangen, die "Grenzgebiete zu bereinigen" und Chinesen von dort nach China zu vertreiben.

Im Juni 1977 habe daraufhin Li Xiannian dem vietnamesischen Premier Pham Van Dong vorgeschlagen, den Hoa in Vietnam dieselbe Behandlung angedeihen zu lassen, wie sie die rund 5-6.000 in China lebenden Vietnamesen seit langem genossen. Freiwilligkeit und Gleichbehandlung seien die zu beachtenden Schlüsselemente. China habe den Vietnamesen drei Generalkonsulate zugebilligt, sei bisher aber mit seinem Antrag, in Vietnam ebenfalls eine entsprechende Zahl von Generalkonsulaten eröffnen zu dürfen, auf taube Ohren gestoßen (107). Da die vietnamesische Seite den chinesischen Antrag auf Eröffnung eines Generalkonsulats in Ho-Chi-Minh-Stadt immer wieder hinauszögerte, erklärte das chinesische Außenministerium in einer Note vom 16. Juni 1978 die drei vietnamesischen Generalkonsulate in den Städten Guangzhou, Kunming und Nanning für geschlossen und verkündete gleichzeitig, daß es auf Errichtung eigener Konsulate in Vietnam verzichte (108).

Für den Moment könne er, schloß der chinesische Vertreter, nur den einen Vorschlag machen: Die vietnamesische Seite möge zurückkehren zum Geist von 1955 und möge alle Fragen auf dem Wege von Konsultationen regeln (109).

Der vietnamesische stellvertretende Außenminister, Hoang Bich Son, erklärte sich mit dem Konsultationsvorschlag einverstanden, wollte aber gleichzeitig wissen, warum sich China nicht schon lange auf entsprechende Anregungen der vietnamesischen Seite eingelassen habe. Von einer Diskriminierung der Hoa könne im übrigen keine Rede sein (110).

Bei der zweiten Sitzung am 15. August wandte sich der chinesische Vertreter gegen zwei Behauptungen der Vietnamesen, nämlich erstens gegen die Anschuldigung, daß China die Hoa zur "Heimkehr" angestiftet habe, und zweitens gegen die vietnamesische Version, daß es vor allem "Hoa-Kapitalisten" seien, die vor der "sozialistischen Umwandlung" in Vietnam davonliefen. Demgegenüber müsse festgestellt werden, daß von den "gegenwärtig mehr als 160.000 repatriierten chinesischen Staatsangehörigen 95% Werkstätige seien - und zwar aus Nordvietnam" (111). Gegenüber dieser chinesischen Behauptung sind allerdings Zweifel angebracht. Die Massenflucht der Hoa hatte ja erst zu einem Zeitpunkt eingesetzt, da in Südvietnam die große Verstaatlichungskampagne anrollte. Nordvietnamesische Hoa könnten davon ja nicht betroffen sein!

Bei der dritten Sitzung am 19. August 1978 präsentierte der chinesische Vertreter einen Vier-Punkte-Vorschlag:

- Einstellung der Diskriminierungen gegen die Hoa und Schaffung günstiger Bedingungen für die Erfüllung der Vereinbarung von 1955.
- Freiwilligkeit bei der Annahme der vietnamesischen Staatsangehörigkeit.
- Huaqiao, die mit Fluchtabsicht von ihrem Wohnort weggeeilt seien, sollten dazu überredet werden, an ihren Platz zurückzukehren.
- Repatriierung der nach China geflohenen Hoa (112).

Bei der fünften Sitzung am 7. September 1978 sah

sich der vietnamesische Vertreter nun seinerseits zu einem Vier-Punkte-Gegenvorschlag veranlaßt:

- Die vietnamesische Regierung werde alle Hoa aufrufen, in Vietnam zu bleiben.
- Hoa, die nach China auswandern wollten, sollten dazu die Genehmigung erhalten.
- Auch Hoa in Südvietnam könnten, falls sie dies wünschten, das Land verlassen.
- Personen, die erst kürzlich Vietnam in Richtung China verlassen hätten, dürften nicht zurückkehren, außer in besonderen Fällen (113).

Der chinesische Vertreter wollte diese Weigerung nicht akzeptieren und bezweifelte überdies, daß die ersten drei Punkte ernsthaft gemeint seien (114).

Bei der siebten und achten Sitzung am 19. und 26. September standen noch einmal gegenseitige Beschuldigungen im Vordergrund: Die vietnamesische Seite hielt den Chinesen entgegen, daß China die Hoa als Fünfte Kolonne zur Einmischung in innere vietnamesische Angelegenheiten benutzt habe. Vor allem in den Jahren zwischen 1966 und 1969 seien Hoa immer wieder zu "kulturrevolutionären" Aktionen aufgerufen worden. Überdies hätten die Chinesen ein "Netzwerk von Geheimorganisationen" unter den Hoa aufgezogen, um Unruhe zu stiften und Repatriierungsaufrufe zu verbreiten (115).

Nach Ermittlungen Hongkonger Journalisten sollen die vietnamesischen Flüchtlinge, die Mitte Mai in den Gewässern der Kronkolonie auftauchten, vorher zur Zahlung von umgerechnet 4-8.000 DM an die vietnamesischen Behörden gezwungen worden sein, um das Land verlassen zu dürfen (116).

Zusammenfassung

In der Hoa-Frage gibt es eine Reihe von Gemeinsamkeiten: Beide Seiten erkennen die Abmachungen von 1955 (Regelung der Hoa-Frage im Geiste der Freundschaft, der Konsultationen und der Freiwilligkeit) als nach wie vor verbindlich an; beide sind sich auch einig in der Ablehnung der Diskriminierungspolitik des südvietnamesischen Regimes Diem während der fünfziger Jahre; beide bestätigen, daß die Vereinbarungen von 1955 eine Zeitlang eingehalten worden sind. Doch damit sind die Gemeinsamkeiten bereits erschöpft und es beginnen die Unterschiede: Vietnam meint, China habe die Abmachungen schon während der Kulturrevolution gebrochen, als es sich auf "rotgardistische" Art und Weise in innere Angelegenheiten Vietnams einmischte; China gesteht den Vietnamesen immerhin zu, bis 1975 vertragstreue gewesen zu sein.

Zweiter Unterschied: Vietnam unterscheidet drei Kategorien von Hoa, nämlich die Auslandschinesen in Nord- und Südvietnam, die nach vietnamesischer Auffassung nahezu alle schon vietnamesische Staatsangehörige seien; zweitens die Hoa in Südvietnam, die noch Hongkong- und Taiwan-Pässe tragen, und drittens Chinesen, die erst vor kurzem aus Kampuchea herübergeflohen seien. Als wirkliche Hoa könnten nur die beiden letzteren Kategorien betrachtet werden (117).

Die chinesische Seite sieht demgegenüber auch unter den Angehörigen der ersten Gruppe noch zahlreiche chinesische Staatsangehörige, die keineswegs freiwillig die vietnamesische Staatsbürgerschaft angenommen hätten.

Dritter Unterschied: China hält seine Staatsangehörigen für diskriminiert, während Vietnam seine Politik auf dem Grundsatz der Freiwilligkeit aufge-

baut sieht (vgl. die ersten drei Punkte des oben zitierten vietnamesischen Vier-Punkte-Vorschlags).

Vierter Unterschied: Peking wünscht die Repatriierung der inzwischen auf 200.000 Personen angewachsenen, nach China geflohenen Hoa. Hanoi weigert sich, dieser Forderung nachzukommen.

Die Frage der Hoa war es auch, die China veranlaßte, im Juli die Entwicklungshilfe, die sich bisher bereits auf 10 Mrd.\$ belaufen hatte, ab sofort einzustellen (118).

Anhang

Vietnamesischer Entwurf für ein umfassendes Grenzabkommen zwischen Vietnam und China vom Oktober 1977

(von China nicht unterzeichnet)

Die Regierung der SRV und die Regierung der VRCh, ausgehend von dem Wunsch einer ständigen Konsolidierung und Stärkung der militanten Solidarität der großen traditionellen Freundschaft auf der Basis des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus zwischen der SRV und der VRCh sowie zwischen dem vietnamesischen und dem chinesischen Volk,

mit Blick ferner auf die Ziehung einer Grenzlinie der dauernden Freundschaft zwischen Vietnam und China und in Übereinstimmung mit den Vorstellungen und fundamentalen Interessen der beiden Völker

und auf der Basis schließlich des Respekts für des jeweils anderen Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität, für vollkommene Gleichheit und für die Grenzlinien, wie sie von der Geschichte hinterlassen sind,

sind in folgendem übereingekommen:

Art. 1

Die Hohen vertragschließenden Parteien erkennen offiziell jene Grenze zwischen Vietnam und China als nationale Grenze zwischen der SRV und der VRCh an, die durch Vereinbarungen zwischen der Regierung der Französischen Republik und der Regierung der chinesischen Qing-Dynastie gezogen und markiert wurde.

Diese einschlägigen Dokumente über die Grenzlinie umfassen:

- die Konvention über die Abgrenzung der Grenzlinie zwischen Tonkin und China vom 26. Juni 1887, zusammen mit den Wortprotokollen und Abgrenzungskarten.
- Die Zusatzvereinbarung zur Konvention vom 26. Juni 1887 über die Abgrenzung der Gebiete zwischen Tonkin und China, unterzeichnet am 20. Juni 1895, zusammen mit den Wortprotokollen und den Abgrenzungskarten.
- Die Wortprotokolle und die Grenzsteinkarten zu den beiden obigen Konventionen, unterzeichnet zwischen dem 15. April 1890 und dem 13. Juni 1897, also jenem Tag, an dem die Grenzlinie zwischen Tonkin (Vietnam) und der Yunnan-Provinz (China) endgültig ausgesteckt war.

In den nachfolgenden Artikeln werden die beiden obenerwähnten Dokumente über die Grenzlinie stets als "Konvention von 1887" und "Konvention von 1895" bezeichnet.

Art. 2

Die Hohen vertragschließenden Parteien respektieren die nationale Grenze zwischen beiden Ländern, wie sie in Art. 1 angesprochen ist.

Soweit Gebiete von einer der beiden Parteien über die oben in Art. 1 erwähnte Grenzlinie hinaus verwaltet werden, müssen sie jeweils an die andere Partei zurückgegeben werden.

Art. 3

Die nationale Grenzlinie zwischen den beiden Ländern, wie sie in Art. 1 angesprochen ist, ist im allgemeinen klar. Soweit eine kleine Anzahl von Plätzen entlang der Grenze in ihrer Zugehörigkeit zweifelhaft erscheint, werden beide Parteien, nach wiederholter Abstimmung und gründlichen Studien im Hinblick auf die Bestimmungen der Konventionen von 1887 und 1895 an Ort und Stelle Inspektionen durchführen und im Wege freundschaftlicher Konsultationen eine Übereinkunft auf einer fairen und vernünftigen Basis anstreben.

Art. 4

Sowohl bei Grenzstücken, die an fließenden Gewässern oder an Inseln entlangführen, als auch bei natürlichen Flußverlagerungen werden sich beide Parteien strikt an die Bestimmungen über Grenzgewässer halten, wie sie in den Konventionen von 1887 und 1895 vorgesehen sind.

Ohne Rücksicht darauf, wie die Grenzmodalitäten entlang von Gewässern in den betreffenden Bestimmungen der Konventionen von 1887 und 1895 geregelt sind, wird die Grenze durch Brücken, welche diese Gewässer überspannen, genau entlang der Mittellinie dieser Brücke gezogen werden.

Art. 5

Innerhalb eines Jahres, nachdem die zuständige Regierung den Beschluß der unten in Art. 7 erwähnten gemeinsamen Kommission über Grenzgebietsrückgaben gebilligt hat, wird die Bevölkerung, die bisher auf dem zurückerstatteten Gebiet gelebt hat, das betreffende Gebiet verlassen und fortan in dem Lande leben, dessen Staatsangehörigkeit sie hat.

Falls jemand zurückbleiben will, hat er sich bei der örtlichen Verwaltung registrieren zu lassen, um auf diese Weise Bürger des Landes zu werden, dem das betreffende Territorium übergeben worden ist.

Art. 6

Keine der beiden Seiten soll es ihrer Bevölkerung gestatten, zum Zwecke des Landbaus oder der Ausübung illegaler Berufe auf das Gebiet der anderen Partei hinüberzuwechseln.

In allen jenen Gebieten, die der einen Partei übergeben worden sind, sollen landwirtschaftliche Arbeiten von jenseits der Grenze unterbunden werden, und zwar unmittelbar, nachdem die Entscheidungen der in Art. 7 erwähnten gemeinsamen Kommission über die neue Abgrenzung von den beiden Regierungen gebilligt worden sind.

Alle jene Personen, welche ursprünglich auf dem Territorium der anderen Partei Landbau betrieben haben, sollen das Recht haben, herüberzukommen und sich bis zur Ernte um die Felder zu kümmern. Dabei müssen sie allerdings sämtliche Gesetze und Regelungen des anderen Landes achten.

Art. 7

Mit Inkrafttreten des vorliegenden Abkommens wer-

den beide Seiten eine gemeinsame vietnamesisch-chinesische Grenzkommission (die gemeinsame Kommission) einrichten, und zwar durch Entsendung von Vertretern beider Seiten in jeweils gleicher Anzahl. Die gemeinsame Kommission wird in Übereinstimmung mit den vorliegenden Bestimmungen folgende Aufgaben erfüllen:

- a) Konkrete Festlegung der nationalen Landesgrenze in ihrer gesamten Länge nach Maßgaben des Art. 1.
- b) Lösung von Zweifelsfragen im Sinne der Art. 2 und 3 des vorliegenden Abkommens. Beschlüsse der gemeinsamen Kommission über die einzelnen Abschnitte der Grenzlinie sind von beiden Regierungen zu genehmigen.
- c) Lösung von Fragen, die sich auf die Übergabe von Territorium beziehen.
- d) Verifizierung von Grenzsteinen, wie sie nach den Konventionen von 1887 und 1895 gesetzt wurden; Neusetzung solcher Grenzsteine, deren gegenwärtige Position nicht mit den obenerwähnten Konventionen übereinstimmt und Setzung zusätzlicher Grenzsteine an Plätzen, wo es nach Meinung beider Seiten nötig ist, um Fragen über die Aufrechterhaltung der nationalen Grenzen zu klären.
- e) Entwurf von Protokollen zur Abgrenzung der nationalen Gebiete auf dem Terrain und Erstellung von Landkarten, in denen der Grenzverlauf und die Stellung der Grenzsteine genau verzeichnet sind.

Die gemeinsame Kommission wird mit ihrer Arbeit sofort nach ihrer Einberufung beginnen und ihre Aufgabe einstellen, sobald die obenerwähnten Protokolle unterzeichnet sind.

Art. 8

Das Protokoll ist zusammen mit der in Art. 7, Abs. 5 erwähnten Karte von beiden Regierungen zu unterzeichnen und als integraler Bestandteil des vorliegenden Abkommens zu betrachten.

Art. 9

Das vorliegende Abkommen ist zu ratifizieren und tritt am Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Mit Inkrafttreten des vorliegenden Abkommens sowie des in Art. 7, Abs. 5 erwähnten Protokolls werden alle Konventionen und Dokumente, die sich auf die Landgrenze zwischen beiden Ländern beziehen, sofort unwirksam.

Gegeben in... am... des Jahres...; ausgefertigt in vietnamesischer und chinesischer Sprache. Beide Texte sind gleich authentisch.

Für die Regierung der SRV...

Für die Regierung der VR China...

(119)

Anmerkungen:

- 1) Näheres dazu Oskar Weggel, "China und Vietnam: Die Kluft weitet sich", in C.a., Dezember 1977, S.921-931.
- 2) BRu 1978, Nr.29, S.25 f. mit näheren Angaben.
- 3) RMRB, 23.3.79.
- 4) So Christian Roll in FR, 7.5.79.
- 5) XNA, 1.3.79.

- 6) Nhan Dan, 3.3.79; SWB, 5.3.79.
- 7) VNA in SWB, 5.3.79.
- 8) Radio Hanoi, 15.3.79; SWB, 17.3.79.
- 9) Ebenda.
- 10) VNA, 16.3.79; SWB, 19.3.79.
- 11) Oskar Weggel, "Grenzprobleme zwischen China und Vietnam?", C.a., August 1978, S.497-509 (507 f.).
- 12) Zitiert nach dem Wortlaut der Konvention, wiedergegeben in J.R.V. Prescott, "Map of Mainland Asia by Treaty", Melbourne 1975, S.453.
- 13) BRu 1979, Nr.13, S.22; ebenso XNA, 22.3.79 und RMRB, 23.3.79.
- 14) XNA, 19.3.79.
- 15) VNA in SWB, 23.3.79.
- 16) VNA in SWB, 26.3.79.
- 17) XNA, 6.4.79.
- 18) Radio Hanoi, SWB, 9.4.79.
- 19) VNA in SWB, 19.4.79.
- 20) XNA, 18.4.79.
- 21) XNA, 18.4.79.
- 22) Nhan Dan, 28.3.79 in SWB, 2.4.79.
- 23) VNA, 10.4.79 in SWB, 13.4.79.
- 24) SWB, 13.4.79.
- 25) VNA, 28.3.79.
- 26) VNA in SWB, 11.4.79.
- 27) VNA in SWB, 11.4.79.
- 28) VNA in SWB, 11.4.79.
- 29) Nhan Dan, 9.4.79 in SWB, 11.4.79.
- 30) VNA in SWB, 3.5.79.
- 31) SWB, 20.4.79.
- 32) Stellungnahme vom 17.4.79.
- 33) VNA, 19.4.79.
- 34) SWB, 25.4.79.
- 35) SWB, 21.4.79.
- 36) SWB, 28.4.79.
- 37) SWB, 28.4.79.
- 38) Radio Hanoi, 10.4.79 in SWB, 17.4.79.
- 39) Radio Hanoi, 19.4.79 in SWB, 24.4.79.
- 40) XNA, 9. und 18.4.79.
- 41) Radio Peking, 19.4.79 in SWB, 21.4.79.
- 42) XNA, 6.4.79.
- 43) XNA, 11.4.79.
- 44) XNA, 28. und 29.3.79.
- 45) XNA, 7. und 9.4.79.
- 46) z.B. XNA, 20.4.79.
- 47) XNA, 22.4.79.
- 48) XNA, 9.4.79.
- 49) BRu 1978, Nr.27, S.27 ff.
- 50) VNA in SWB, 27.4.79.
- 51) XNA, 26.4.79 und BRu 1979, Nr.8, S.7-18.
- 52) RMRB, 28.4.79.
- 53) XNA, 26.4.79.
- 54) Radio Hanoi, 27.4.79 in SWB, 30.4.79.
- 54a) XNA, 28.4.79.
- 54b) VNA, 4.5.79 in SWB, 5.5.79.
- 55) XNA, 4.5.79.
- 56) VNA in SWB, 7.5.79.
- 57) XNA, 4.5.79.
- 58) XNA, 6.5.79.
- 59) XNA, 5.5.79.
- 60) XNA, 5.5.79.
- 61) AFP in SWB, 9.5.79.
- 62) SWB, 9.5.79.
- 63) Radio Hanoi, 9.5.79 in SWB, 11.5.79.
- 64) SWB, 14.5.79.
- 65) VNA in SWB, 14.5.79.
- 66) XNA, 12.5.79.
- 67) VNA in SWB, 14.5.79.
- 68) Radio Hanoi, SWB, 14.5.79.

- 69) XNA, 17.5.79; Radio Hanoi, SWB, 21.5.79.
- 70) Radio Hanoi, 17.5.79; SWB, 21.5.79.
- 71) XNA, 17.5.79.
- 72) XNA, 18.5.79.
- 73) XNA, 22.5.79.
- 74) VNA, SWB, 19.5.79.
- 75) SWB, 21.5.79.
- 76) XNA, 20. und 21.5.79; VNA, 21.5.79 in SWB, 23.5.79.
- 77) XNA, 21.5.79.
- 78) SWB, 23.5.79.
- 79) Radio Hanoi in SWB, 24.5.79.
- 80) XNA, 26.5.79.
- 81) C.a., Januar 1979, S.28-38: "Die Eroberung Kampuchreas durch Vietnam und der chinesische Gesichtsverlust"; C.a., Februar 1979, S.98-127: "Chinas Erziehungsfeldzug gegen Vietnam"; C.a., März 1979, S.191-218: "China und Laos: Vor dem Scherbenhaufen einer jahrelangen Partnerschaft".
- 82) Oskar Weggel, "Grenzprobleme zwischen China und Vietnam?", C.a., August 1978, S.497-509.
- 83) XNA, 12.5.79 und VNA, 18.5.79 in SWB, 19.5.79.
- 84) VNA, 18.5.79 in SWB, 19.5.79.
- 85) Ebenda.
- 86) XNA, 12.5.79.
- 87) Näheres in XNA, 13.5.79.
- 88) XNA, 12.5.79.
- 89) Ebenda.
- 90) Ebenda.
- 91) Näheres hierzu in "Verträge der Volksrepublik China mit anderen Staaten, Teil V: Verträge mit Kommunistischen Staaten", bearbeitet im Institut für Asienkunde von Wolfgang Mohr und Oskar Weggel, Wiesbaden 1971, S.607 f.
- 92) Ebenda, S.609.
- 93) Ebenda, S.615.
- 94) XNA, 19.1.79.
- 95) XNA, 19.1.79.
- 96) VNA, SWB, 22.1.79 und Radio Hanoi, SWB, 4.1.79.
- 97) XNA, 4.1.79.
- 98) XNA, 13.5.79.
- 99) XNA, 30.6.78.
- 100) Radio Hanoi, FBIS, 3.7.78, K, S.2 ff.
- 101) Radio Hanoi, FBIS, 6.6.78, K, S.9.
- 102) BRu 1978, Nr.35, S.24 f.
- 103) SWB, 28.9.78.
- 104) XNA, 20.7.78.
- 105) XNA, 29.8.78.
- 106) RMRB, 3.7.78.
- 107) BRu 1979, Nr.13, S.22 f.
- 108) BRu 1978, Nr.26, S.18.
- 109) XNA, 8.8.78.
- 110) VNA in SWB, 9.8.78.
- 111) XNA, 15.8.78.
- 112) XNA, 19.8.78.
- 113) Radio Hanoi, SWB, 9.9.78.
- 114) XNA, 12.9.78.
- 115) XNA, 19.9.78.
- 116) SZ, 29.5.79.
- 117) Radio Hanoi, 26.9.78 in SWB, 28.9.78.
- 118) RMRB, 22.7.78.
- 119) Übersetzt nach VNA, 16.3.79, SWB, 19.3.79, S.C 7-C 9.